



SURPRISE

In der Schweiz sind über

700 000

Menschen

Was steckt dahinter?

Seite 8

armutsbetroffen



SURPRISE
WIRKT

«Egal wie gross die Hürden sind, Aufgeben ist keine Option»

Lucy Oyubo erzählt auf ihrem Sozialen Stadtrundgang durch Basel, wie sie über Migration, Krankheit, Unfälle und eine Scheidung in die Schuldenspirale geriet - und wie sie mit vielen Jobs dagegen ankämpft.

Buchen Sie einen Sozialen Stadtrundgang in Basel, Bern oder Zürich.



Kein Geld, keine Sichtbarkeit

Es ist eine grosse Sache: Erstmals in der Geschichte des Schweizer Sozialstaats legt der Bundesrat einen umfassenden Bericht über die Armut in unserem Land vor. **Die Resultate sind wenig überraschend, wenn auch ernüchternd.** In der Schweiz, dem Land mit dem weltweit höchsten durchschnittlichen Vermögen pro Kopf, gibt es über 700 000 arme Menschen. Die Quote sei in den vergangenen Jahren nicht markant gestiegen, heisst es in dem Bericht. Immerhin, doch das bedeutet auch: **Dem Bund ist es bisher nicht gelungen, die Armut zu bekämpfen,** ja nur schon zu reduzieren, ab **Seite 8.**

Interessant auch, wer in diesen Statistiken nicht auftaucht. Zum Beispiel all die Menschen, die nur knapp über dem Existenzminimum leben. Dass sie immer mehr werden, dürfte zu **den grossen sozialpolitischen Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte** werden, betrifft dies doch die bisher stabile Mittelschicht. Ebenso wenig erfasst und somit unsichtbar werden Men-

schen, die mit grosser Wahrscheinlichkeit deutlich unter dem Existenzminimum leben: solche ohne Papiere oder solche ohne Obdach zum Beispiel. **Dabei ist Obdachlosigkeit eine äusserst extreme Ausprägung von Armut.** In diesem Heft werfen wir einen Blick in die USA, wo die Stigmatisierung inzwischen zu einem Freibrief geworden ist, Obdachlose zu verfolgen und zu vertreiben – die treibende Kraft dahinter: die Regierung Trump, ab **Seite 18.**

Vor die Türe gestellt werden, weil man das Geld für die Miete nicht mehr hat, das bedeutet oft auch den **Verlust von Sicherheit, Vertrautheit und Geborgenheit.** Wir haben Menschen zugehört, die bis zuletzt hofften, das Blatt wende sich noch zum Guten und sie könnten bleiben – und deren Wohnungen am Ende doch zwangsgeräumt wurden, ab **Seite 12.**

KLAUS PETRUS
Redaktor



4 Aufgelesen	8 Armut Neues zur Armut in der Schweiz	22 Kunst Der Wert des Ungehorsams	26 Veranstaltungen
5 Na? Gut! Kein Billet? Kein Gefängnis!	12 Zwangsräumungen Aus der Wohnung, auf der Strasse	24 Kino Zweierlei Solidarität	27 Randnotizen Hesch mir e Stutz?
5 Vor Gericht Weitermachen	18 Obdachlosigkeit Schlimme Zeiten für Obdachlose in den USA	25 Buch Im «Schattenreich»	28 SurPlus Positive Firmen
6 Verkäufer*innenkolumne Vom Vergessen			29 Wir alle sind Surprise Impressum Surprise abonnieren
7 Moumouni antwortet Was ist gute Systemkritik?			30 Surprise-Porträt «Freundschaft ist mir wichtig»



Aufgelesen

News aus den über 90 Strassenzeitungen und -magazinen in 35 Ländern, die zum internationalen Netzwerk der Strassenzeitungen INSP gehören.

International
Network of
Street Papers

Wieso braucht Deutschland einen Satiriker, um die Demokratie zu retten?

«Faschismus setzt auf Angst und Einschüchterung und wird wirkungslos, wenn wir Spass haben und lachen. Dann hat er keine Chance mehr. Es ist das Beste, was Menschen hervorbringen können: **gemeinsam etwas Schönes machen und Lust entwickeln, selbst kreativ zu sein.** Natürlich ist das das richtige Mittel gegen existenzielle Angst.»

NICO SEMSROTT ist Comedian

Hinz&Kunzt

HINZ & KUNZT, #396, FEBRUAR 2026, HAMBURG



ILLUSTRATION: MIGUEL FERRAZ

ANZEIGE

© BIFF 2026 International Film Festival
WOCHE DER KUNST
INTERNATIONAL FILM FESTIVAL
FILE MARKET
COMPETITION 2025

«Ein leises, dystopisches Drama über Hitze, Isolation und das Verlangen nach Nähe.»
BKa Berner Kulturagenda

DON'T LET THE SUN
a film by JACQUELINE ZÜND

FILM GOES

AB 19. MÄRZ IM KINO

Slumgebiet in Lagos abgerissen

Die Bewohner von Makoko, einer der ältesten Fischersiedlungen in Lagos, kämpfen um ihr Überleben, nachdem die Landesregierung Teile des dicht besiedelten Ortes am Wasser abgerissen hat. Tausende Menschen verloren Ende Dezember durch den Abriss der auf Stelzen erbauten Häuser und Geschäfte ihr Obdach. Die Behörden verweisen auf Sicherheit, Umweltrisiken und Stadtplanung. Besonders betroffen sind Familien, die sich durch Fischfang ernähren und nun in Angst und Unsicherheit der Regenzeit entgegensehen.

faktum

FAKTUM, #282, MÄRZ 2026, GÖTEBORG

Rosen - giftig und schlecht fürs Klima

90 Prozent der in Österreich vertriebenen Schnittblumen werden importiert. Vor allem Rosen kommen aus äquatornahen Ländern wie Kenia, Tansania und Ecuador. 60-100 Liter Wasser verbraucht die Produktion eines Rosenstrausens. Pestizidhaltige Abwässer aus den Farmen landen dort im Grundwasser und in Fließgewässern. 30 Pestizide konnten im Global-2000-Pestizid-Test auf nur einem einzigen Blumenstraus nachgewiesen werden. Die meisten dieser Stoffe sind in der EU verboten, werden aber durch die Hintertür importiert.

20er

20ER, #271, FEBRUAR, INNSBRUCK/TIROL

Na? Gut!

Kein Billett? Kein Gefängnis!

In Deutschland gibt es das schon länger. Dort kauft der Freiheitsfonds Menschen frei, die wegen Fahrens ohne Billett ins Gefängnis müssen. Nun gibt es auch in der Schweiz einen Freiheitsfonds – initiiert vom unabhängigen Verein Freiheitsentzugskritik, nachdem der Nationalrat in der Frühlingsession eine Motion aus der SP-Fraktion abgelehnt hat. Diese hatte andere Lösungen als Gefängnisaufenthalte gefordert, wenn jemand eine Busse nach einer Übertretung – wie Fahren ohne Billett – nicht bezahlen kann. Gewisse Taten, so die Idee, könnten auf administrativem Weg sanktioniert werden, etwa mit Zuschlägen für wiederholtes Schwarzfahren.

Über die Hälfte der Hafteintritte in der Schweiz erfolgt wegen unbezahlter Bussen und Geldstrafen. Ein Gefängnistag im offenen Vollzug kostet 250 bis 350 Franken, zudem sind viele Gefängnisse überbelegt.

Der Freiheitsfonds Schweiz will sich für die Abschaffung der Ersatzfreiheitsstrafen einsetzen. Als ersten Schritt hat der Verein eine Petition lanciert. «Kein Gefängnis für Armut!» verlangt von den ÖV-Unternehmen wie SBB und Postauto, dass sie auf Strafanzeigen verzichten, wenn sie im ÖV Menschen ohne Billett kontrollieren. Transportunternehmen können auch ohne Strafantrag Strafzuschläge verlangen und diese auf dem Betreuungsweg einfordern.

In den nächsten Monaten, schreibt der Verein, will er ein Crowdfunding starten. Mit dem gesammelten Geld möchte er die Schulden von Menschen abzahlen, die eine Ersatzfreiheitsstrafe absitzen, und sie so aus dem Gefängnis holen. **LEA**

An dieser Stelle berichten wir über positive Ereignisse und Entwicklungen.



ILLUSTRATION: PRISKA WENGER

Vor Gericht

Weitermachen

Neben all dem Traurigen und Tragischen vor Gericht sind die Geschichten der Protagonist*innen oft auch eindrückliche Zeugnisse von Mut und Resilienz. Gerade Zugewanderte, und besonders die Frauen, beschreiben Lebenswege, wie sie sich die meisten in der vergleichsweise behaglichen Schweiz kaum vorstellen können. So auch die chinesische Staatsangehörige, die sich wegen Schwarzarbeits- und Drogendelikten vor Gericht verantworten muss.

In der Befragung kämpft sich der zuständige Einzelrichter mit Effort durch die Aussprache chinesischer Personennamen und Ortsbezeichnungen. Demnach ist die Frau in einer ländlichen Ecke der Provinz Hubei aufgewachsen. Ihre Eltern, Wanderarbeiter*innen im Gemüseanbau, liessen sie bei ihrer Grossmutter zurück – als einzige ihrer acht Kinder. Wie er sich ihre Kindheit vorstellen müsse, fragt der Richter. «Arm», antwortet sie, «sehr arm».

Nach der Schule ging sie ins nächste Provinzstädtchen und machte eine Ausbildung zur Krankenpflegerin. Dann zog es sie weiter nach Guangzhou, bekannt als «Fabrik der Welt». Dort arbeitete sie in einer Schuhmanufaktur. Schliesslich führte ihr Weg sie nach Hongkong, wo sie ihren ersten Mann traf, und weiter in die Schweiz, als dieser 1997 eine Stelle in einer hiesigen Hotelfachschule antrat. Das Paar hat einen Sohn, sie jobbte in China-Restaurants.

Beständig wurde ihr Leben aber nicht. Die Ehe scheiterte. Sie heiratete ihren zweiten Mann, bekam den zweiten Sohn – und war bald wieder geschieden. Auch mit dem eigenen China-Restaurant blieb sie glücklich: Als die Miete hochschnellte, konnte sie

es nicht halten. Nach dem Konkurs 2017 sah sie sich, allein mit Kindern, gezwungen, in den «Massagebereich» zu wechseln. Ihre Kundschaft bediente sie in einer zu diesem Zweck angemieteten Wohnung und verdiente so zwischen 4000 und 6000 Franken im Monat. Doch der Vermieter machte «Theater», wie sie sagt. Bei einer Kontrolle fand die Polizei im Mai 2025 grosse Mengen Drogen, 17 000 Franken Bares und Hinweise, dass eine zweite Frau ihre Dienste anbot, illegal. Dazu die Angeklagte: die Klienten wünschten Abwechslung. Zur Schwarzarbeit sagt sie, sie müsse irgendwie leben. Sie zahle ihre Steuern, habe nie Sozialleistungen bezogen.

Ihre Alkoholsucht verhehlt sie nicht. Lange habe sie täglich eine halbe Flasche Hochprozentiges getrunken. Zum Drogenkonsum sagt sie, sie sei müde gewesen, lebensmüde gar, deshalb das Methamphetamine. Inzwischen ist sie trocken und clean. Ihre Zukunft sieht sie dennoch nicht allzu rosig. Die Jobsuche sei schwierig geworden mit 53.

Wegen mehrfacher Beschäftigung von Ausländerinnen ohne Bewilligung erhält die Frau eine teilbedingte Freiheitsstrafe von 16 Monaten. Weil sie vorbestraft ist, muss sie sechs Monate verbüssen. Für die Drogendelikte wird eine Busse von 500 Franken fällig – die aber durch das sicher gestellte Bargeld bereits bezahlt sei, so der Richter. Dasselbe gelte für die Untersuchungs- und Verfahrenskosten. Den Rest, fast 12 000 Franken, erhält sie zurück. Das freut die Frau. Sie will es mit einem kleineren China-Restaurant versuchen.

WILLIAM STERN ist Gerichtsreporter in Zürich

Vom Vergessen

Ich mache gerade eine Online-Ausbildung für Pflegebegleitung, damit ich meine geistig beeinträchtigte Tochter zuhause gut betreuen kann. Teil der Ausbildung ist das Thema Demenz. Nicht, dass das meine Tochter beträfe, aber es gehört halt dazu.

Und da kam mir plötzlich eine Geschichte in den Sinn aus meiner Kindheit. Ich war vielleicht zehn Jahre alt. Ein Wirbelwind, immer in Bewegung, immer musste etwas gehen. Und neben uns, da wohnte eine Frau, um die siebzig, mit ihren Kindern und Enkel*innen. Jeden Mittag rief sie nach mir, durchs offene Fenster, mit leiser Stimme: «Seynab! Seynab! Komm und bring mich in mein Dorf zurück!» Das war mein Stichwort. Ich ass ganz schnell mein Essen zu Ende und eilte nach draussen. Das Spiel begann.

Das Dorf, aus dem die Frau stammte, war etwa 90 Kilometer weit weg. Ich nahm die Frau bei der Hand und wir gingen los, ich ging schnell, sie eilte hinter mir her, Pausen machte ich keine, auch Wasser gab es nicht, «komm!», sagte ich jedes Mal, wenn sie stehen blieb, «komm, los! Wir müssen weiter!», und die Frau ging und ging, bis sie irgendwann völlig verschwitzt und entkräftet sagte: «Nein, wir schaffen es nicht, lass uns umkehren», und also kehrten wir um und gingen den ganzen Weg wieder zurück, und zuhause angekommen, war sie so erschöpft, dass sie kaum mehr etwas essen mochte und gleich ins Bett fiel.

Und ich? Ich wurde von meiner Mutter bestraft, dass ich die arme Frau so plagen würde, anstatt meine Hausaufgaben zu machen. Mit dem Resultat, dass ich am nächsten Tag mit noch grösserem Vergnügen das Spiel wieder spielte. «Seynab! Seynab! Komm und bring mich in mein Dorf zurück!»

Wie hätte ich ahnen können, dass die Frau dement war und dass man mit dementen Menschen alles andere machen sollte, als sie sinnlos in der Gegend herumzuhetzen. Meine Güte, was habe ich jetzt für ein schlechtes Gewissen! Mein einziger Trost: Vielleicht hat sie dank so viel Bewegung ja ein bisschen länger gelebt?

SEYNAB ALI ISSE, 54, verkauft Surprise in Winterthur. In ihrer Ausbildung hat sie gelernt, dass sich demente Menschen oft sehr gut an Erlebnisse aus der Kindheit erinnern. Aber da geht es ihr selber genau gleich.

Die Texte für diese Kolumne werden in Workshops unter der Leitung von Surprise und dem Autor Ralf Schlatter erarbeitet. Die Illustration entsteht in Zusammenarbeit mit der Hochschule Luzern – Design & Kunst, Studienrichtung Illustration.





Moumouni antwortet

Was ist gute Systemkritik?

Ich habe zwei Patenkinder. Sie sind natürlich sehr entzückend, darin sind sie sich ähnlich. Was den Umgang mit «Copaganda» angeht, wachsen sie fundamental unterschiedlich auf.

Copaganda, eine Zusammensetzung aus dem englischen Wort «Cop» für Polizist*innen und «Propaganda», bezeichnet die Heroisierung von Polizist*innen in der Popkultur und auch PR-Aktionen der Polizei. Zum Beispiel, wenn Polizist*innen Tanzvideos und Fitness-Challenges posten, oder, wie die Thurgauer Polizei, Videos von Schweinen, die für Drogeneinsätze eingesetzt werden. Der Effekt ist, dass Leute denken: «Jöö, die Schweine sind ja mega herzig!», statt etwa so etwas wie «Bullenschwein! Gar nicht herzig!». Bemängelt wird an «Copaganda», dass sie Kritik am System der Polizei durch sympathische Imagearbeit verwässert, ohne dass Probleme

wie Rassismus, Sexismus, der Umgang mit prekarierten Menschen und Machtmissbrauch in Polizeistrukturen aufgearbeitet werden.

Das eine Patenkind von mir lebt in den USA und wird von seinen Eltern zu einer expliziten Skepsis gegenüber der Polizei erzogen. Es gibt mehrere Fotos von ihm mit Angela Davis, die Mitglied der Black-Panther-Bewegung war und eine bekannte Abolitionistin ist. Mit seinen sieben Jahren durfte er sie schon mehrmals treffen. Die Schweizer Grosseltern des Kindes wurden schon ermahnt, ihm keine Polizei-Kinderspielzeuge zu schenken, was auf grosselterlichen Widerstand stiess. Sie fanden diese Regel übertrieben, wollten aber auch ein bisschen provozieren. Seine Eltern aber fanden die süßen Polizeiautos geschmacklos angesichts der Black-Lives-Matter-Proteste und ihrer eigenen politischen Position.

Vom anderen Patenkind dagegen, das in München lebt – also in Bayern, bekannt für eine besonders rigorose Polizei – habe ich letztes Fotos in seinem Faschings-outfit bekommen, das er kaum mehr abziehen wollte: In Münchner Polizeiuniform strahlte er in die Kamera. Seine Tante konnte es sich nicht verkneifen, die Bilder mit einem «ACAB» und einem lachenden Smiley per Nachricht zu kommentieren. Daraufhin gab es Unmutsäusserungen vonseiten der Mutter, weil sie sich verurteilt fühlte.

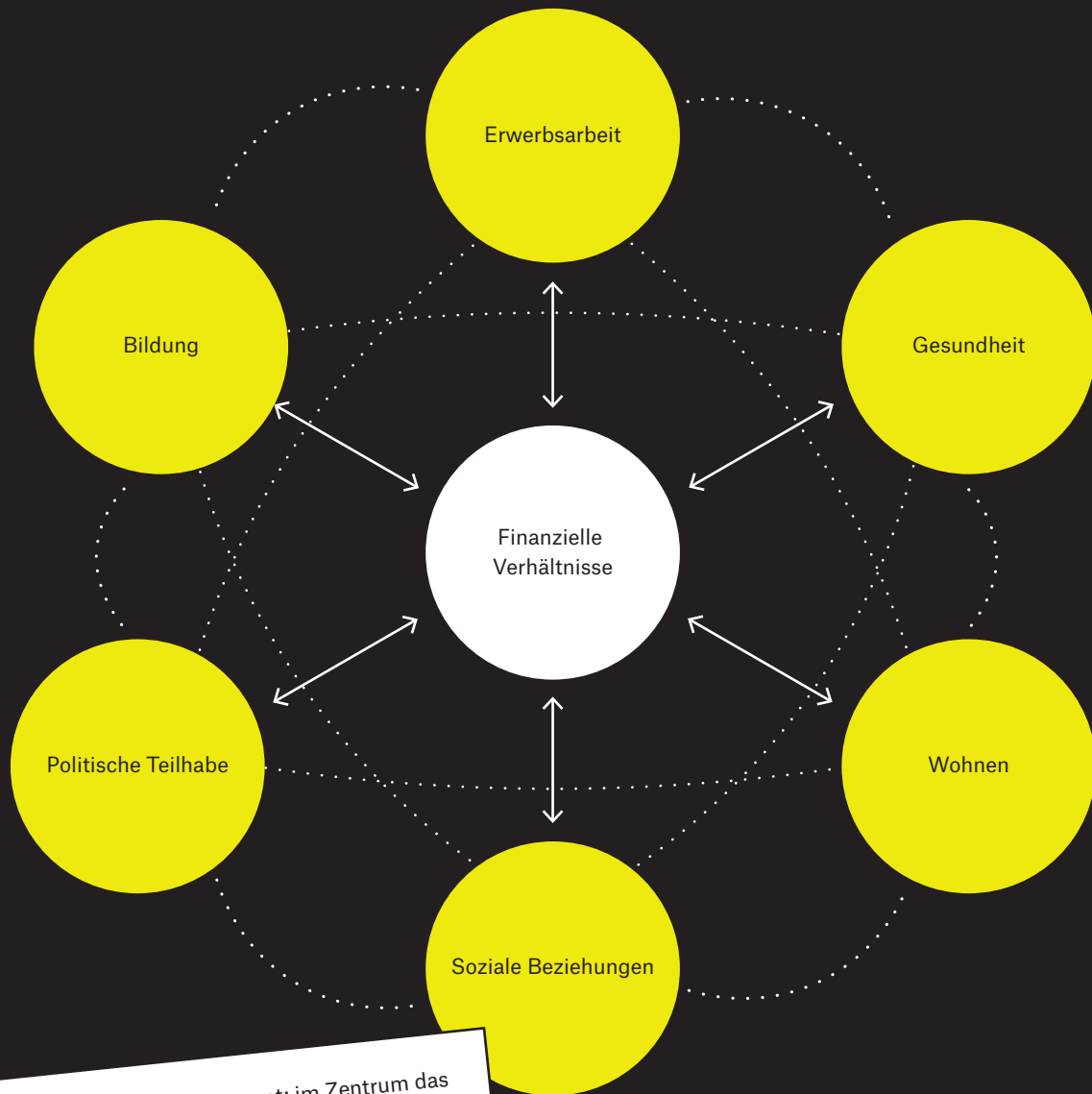
Ich musste über den harten Kontrast lachen. Zwar fand ich es leicht befremdlich, ein Patenkind in Polizeiuniform zu haben, doch gibt das einen Anlass, über das A in ACAB nachzudenken. Dass ACAB immer eine gewollte Provokation in sich trägt, ist klar. Dass auch Copaganda eine Provokation mit sich bringt, geht oft vergessen. Beide transportieren Pauschalaussagen über Polizist*innen, obwohl es ja eigentlich um das System geht.

Meinem Münchner Patenkind hingegen geht es um eine Faszination für den Kampf gegen das Böse. Wüsste er von rassistischer Polizeigewalt und den Chatgruppen, wäre er wohl raus. Obwohl – man sagt Kindern ja eine Faszination für Männer in Uniform nach. Ob die so naturgegeben ist, wie manche Eltern behaupten, sei dahingestellt. Das andere Patenkind mag dafür die Feuerwehr.

Als heranwachsende Männer, beide nicht-weiss sowie muslimisch gelesen, werden sie sich wohl selbst noch einmal Gedanken machen müssen, wie ihr Verhältnis zur Polizei sein wird, jenseits des einfachen «Freund und Helfer» und «ACAB» – mal sehen mit welchem Mindset sie sicherer durch die Welt kommen.



FATIMA MOUMOUNI
Findet aus politischer Überzeugung, dass Bastard kein Schimpfwort ist, doch würde aus Angst nie einen ACAB-Pulli in der Öffentlichkeit tragen.



Mehrdimensionales Armutskonzept: im Zentrum das Finanzielle, ergänzt durch soziale Faktoren

9,6%

der Personen zwischen 25 und 64 Jahren ohne nachobligatorische Ausbildung sind von Armut betroffen

Arme, reiche Schweiz

Armut Der Bundesrat hat erstmalig einen umfassenden Bericht über die Armut in der Schweiz veröffentlicht – auch mit dem Anspruch, sie statistisch zu erfassen. Wir werfen einen Blick hinter die Zahlen.

TEXT KLAUS PETRUS

650 Seiten, Dutzende Statistiken, Berechnungen und Analysen, Stimmen von Betroffenen sowie Grundlagen für konkrete sozialpolitische Massnahmen – soeben hat der Bundesrat einen umfassenden Bericht über die Armut in der Schweiz vorgelegt, ein Nationales Armutsmonitoring (siehe Box, Seite 11). Und über allem steht immer wieder diese Zahl: 708 000. So viele Arme gibt es in der reichen Schweiz.

In loser Abfolge werden wir, ausgehend vom Nationalen Armutsmonitoring, über neueste Entwicklungen in der Schweizer Armutsforschung sowie -politik berichten, sie einordnen und auch kritisch beleuchten. An dieser Stelle soll es um allgemeine Fragen gehen: Was ist Armut, wie berechnet man sie und was fällt dabei unter den Tisch? In der Folge werden wir auf Zusammenhänge zwischen Armut und finanziellen Verhältnissen, Erwerbsarbeit sowie Bildung eingehen.

Armut – was ist das eigentlich?

Ob jemand arm ist, hängt davon ab, was «arm» bedeutet. Das klingt banal, ist aber folgenreich. Denn eine eindeutige Definition von Armut gibt es nicht. Was auch damit zu tun hat, dass Armut kein natürliches Phänomen ist wie das Nordlicht, das sich physikalisch neutral beschreiben lässt. Vielmehr handelt es sich bei Armut um ein soziales Konstrukt, welches Politik, Wissenschaft und Medien (stets aufs Neue) entwerfen und über das in gesellschaftspolitischen Debatten bisweilen heftig gestritten wird.

Trotzdem gibt es immer wieder Versuche, Armut möglichst neutral zu bestimmen. Schon Karl Marx sprach von «objektiver Armut»; heute ist von «absoluter Armut» die Rede. Absolut arm ist demnach, wer infolge mangelnder Güter wie Nahrung, Wasser, Kleidung oder Obdach sein Überleben nicht sichern kann. Doch ist auch diese Definition nicht unabhängig von den Umständen, unter denen Menschen leben. So mag jemand in Polarländern «absolut arm» sein, wenn er sich keine warmen Kleider leisten kann; für Menschen in der Sahelzone gilt das trivialerweise nicht, sie haben in Bezug auf Kleidung andere Bedürfnisse.

Bei der Definition von Armut geht es also immer auch um die jeweilige Lebenslage der Menschen – das ist der Kerngedanke der «relativen Armut». Arm ist diesem Konzept nach jemand, der über deutlich weniger Einkommen oder andere Ressourcen verfügt im Vergleich, also relativ zum Durchschnitt seines sozialen Umfeldes. Auf die finanzielle Situation bezogen ist dieser Durchschnitt das übliche Einkommensniveau des Landes, in der diese Person lebt. Doch muss sich relative Armut – und das ist der springende Punkt – nicht allein auf das ökonomische Kapital beziehen. Entscheidend ist auch, welche Möglichkeiten jemand hat (oder eben nicht), um ein gesundes, selbstbestimmtes und sinnerfülltes Leben zu führen und an der jeweiligen Gesellschaft teilzunehmen.

Auch das Nationale Armutsmonitoring geht von einem solchen mehrdimensionalen Armutskonzept aus. Auf der Basis einer finanziellen Definition der Armut wird die Analyse sukzessive erweitert um soziale Dimensionen wie Bildung, Gesundheit, Wohnen und – dies die Schlagworte der letzten Jahre – soziale und politische Teilhabe (siehe links oben). Dieser Ansatz hat gesellschaftspolitische Konsequenzen. Geht es um Armutsbekämpfung – ein erklärtes Ziel auch des Bundesrats –, steht nicht bloss die materielle Existenzsicherung zur Debatte. Es geht auch um die anderen genannten sozialen Faktoren wie Bildung, Wohnen etc. sowie um die Frage, wie sich diese gegenseitig beeinflussen. Dass es hier Zusammenhänge gibt, gilt inzwischen als gesichert. So sind zum Beispiel 9,6 Prozent der Personen zwischen 25 und 64 Jahren ohne nachobligatorische Ausbildung von Armut betroffen, das sind 3,3 Prozent mehr als die Gesamtbevölkerung in diesem Alter (Abb. links unten).

Auf der Grundlage dieses mehrdimensionalen Ansatzes operiert das Nationale Armutsmonitoring mit dem Begriff des sozialen Existenzminimums. Über das physische Existenzminimum hinaus, welches sich auf das körperliche Überleben beschränkt, beinhaltet das soziale Existenzminimum auch ein Mindestmass an gesellschaftlicher Teilhabe. Derzeit (Stand 2024) beträgt das (kantonal festgelegte) soziale Existenzminimum der Sozialhilfe gemäss den Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) für einen Einpersonenhaushalt um die 1000 Franken pro Monat. Es umfasst den Grundbedarf für den Lebensunterhalt wie Nahrung und Kleidung, die Wohnkosten sowie die medizinische Grundversorgung.

Lücken und Tücken der Armutsdefinition

Obschon das mehrdimensionale Konzept von Armut möglichst viele Faktoren einzubeziehen versucht, bleiben doch relevante Aspekte unberücksichtigt.

Erstens bezieht sich das Nationale Armutsmonitoring einzig auf die Einkommensarmut; diese war von 2014 bis 2017 von 6,7 auf 8,2 Prozent angestiegen, seither bewegt sie sich zwischen 7,9 und 8,7 Prozent. Was in solchen Berechnungen jedoch fehlt, sind Angaben über das Vermögen, also über stille Reserven in Form von Guthaben auf Bankkonten oder Wertschriften. Sie lassen sich über nationale Steuerdaten erschliessen. Doch stehen diese für statistische Auswertungen auf gesamtschweizerischer Ebene bisher nicht zur Verfügung. Wo verlässliche Daten zugänglich sind (wie für die Jahre 2020 bis 2022), ergibt sich folgendes Bild: Werden neben dem Einkommen auch die Vermögen berücksichtigt, reduziert sich die Zahl armutsbetroffener Menschen in der Schweiz von über 700 000 auf etwa 450 000, das heisst: etwa eine Viertelmillion Menschen könnte die Armut mithilfe von Reserven vorübergehend oder dauerhaft verhindern.

Zweitens werden in der Statistik des Nationalen Armutsmonitorings bestimmte Personengruppen nicht erfasst, bei denen die Wahrscheinlichkeit, von Armut betroffen zu sein, hoch sein dürfte. Dazu gehören unter anderem Menschen ohne festen Wohnsitz (die Zahl der Obdachlosen in der Schweiz wird auf 2000 bis 4000 geschätzt) sowie Sans-Papiers (bis zu 300 000).

Drittens sagen Armutsdefinitionen wenig bis nichts über Menschen aus, die nur knapp über dem Existenzminimum leben. Das Nationale Armutsmonitoring des Bundesrates räumt ein, dass es sich hierbei um eine signifikante Personengruppe handelt – zumal das soziale Existenzminimum, auf das sich der Bericht stützt, keine fixe Grösse darstellt und die Grenze zwischen arm und nicht-arm somit veränderbar ist. An einem Beispiel gesagt: Würde man das jetzige Existenzminimum um 500 Franken monatlich erhöhen, so wären nach Berechnungen der SKOS nicht 700 000, sondern 1,6 Millionen Schweizer*innen arm – was verdeutlicht, wie viele Menschen am heutigen Existenzminimum leben (siehe Abbildungen rechts). Um welche Personengruppen es sich dabei handelt, ist bisher nur ansatzweise erforscht; Working Poor gehören nachweislich dazu, ebenso alleinerziehende Frauen. Die Gründe für ihre zunehmend prekäre Lebenslage sind insbesondere gestiegene Lebenshaltungskosten (wie Mieten und Krankenkassenprämien), aber auch die veränderte Arbeitswelt (z.B. Folgen der Digitalisierung, der Einsatz von KI, erhöhte Anforderungen an Flexibilität oder die Zunahme der Gig Economy.)

Sozialwissenschaftliche Studien und Analysen zeigen für Deutschland, dass Personen, die zunehmend knapp über dem Existenzminimum leben, häufig Handwerksberufen nachgehen oder im Dienstleistungssektor tätig sind; sie bilden also Teile der ehemals stabilen, nicht-akademischen Mittelschicht, die durch Arbeit und Leistung zu einem einigermaßen gesicherten Lebensstandard gekommen sind (dazu unser Porträt einer Familie in Surprise 597/25). Aber nicht nur: Offenbar sind vermehrt auch Menschen betroffen, die beispielsweise Kreativberufe ausüben im Bereich Medien, Design, Fotografie oder Grafik. Bemerkenswert ist diese Entwicklung, weil es sich hierbei um Personen aus der sog. akademischen Mittelschicht handelt. Sie verfügen (wie der französische Soziologe Pierre Bourdieu sagen würde) oft über vergleichsweise hohes kulturelles sowie soziales Kapital, also über Bildung, ein ausgeprägtes Sozialnetz sowie über politische wie soziale Teilhabe – und passen damit nicht recht ins Bild von armutsbetroffenen oder -gefährdeten Personen in Berichten wie dem Nationalen Armutsmonitoring.

Die Sozialwissenschaftler Andreas Reckwitz und Oliver Nachtwey sehen in dieser Entwicklung eine potenzielle Umstrukturierung der alten Sozialklassen. Aus Teilen der ehemals stabilen – sowohl nicht-akademischen wie akademischen – Mittelklasse könnte ihrer Ansicht nach eine neue Unterklasse entstehen. Was dies gesellschaftspolitisch bedeutet und ob sich ein Konflikt zwischen sozialen Klassen anbahnt, sind bisher offene Fragen.

Mit den Augen der Armutsbetroffenen

Ob nun von absoluter oder relativer Armut die Rede ist, von ein- oder mehrdimensionalen Ansätzen – Armut wird hier immer von aussen betrachtet. Die Sicht der Betroffenen, in der Forschung auch «subjektive Armut» genannt, ist damit noch nicht erfasst. Erst dann aber zeigen sich ansonsten verborgene, d.h. der empirischen Wissenschaft nur schwer zugängliche Dimensionen von Armut. Typische Beispiele dafür sind Schamgefühle, mangelnder

Selbstwert oder die Angst vor Autonomieverlust. Gerade sie haben unbestritten sozialpolitische Konsequenzen. So beziehen über 200 000 Schweizer Rentner*innen, obschon sie Anspruch darauf hätten, keine Ergänzungsleistungen (EL) – und zwar, wie Befragungen zeigen, überwiegend aus Scham.

Das Nationale Armutsmonitoring enthält zwölf kurze Porträts von Armutsbetroffenen, die aus ihrer Lebenswelt berichten. Ihre Geschichten sind auf die Themen Einkommen sowie Bildung zugespielt und werden den Statistiken und Analysen vorangestellt. Damit sollen sowohl individuelle wie auch strukturelle Facetten der Armut thematisiert werden. Interessant ist, dass fast alle Porträtierten in der einen oder anderen Weise die Armut überwunden oder ihr getrotzt haben, sie sind gestärkt aus dem Prekariat hervorgegangen und haben sich zu «Experten der Strasse» entwickelt – oder wie eine Person sagt: «Ich bin der lebende Beweis dafür, dass man aus einer schlechten Situation wieder herauskommen kann.»

Dieses Konzept von Armen nicht als «Opfer», die unser Mitleid verdienen, sondern als «Resiliente» dominiert seit Jahren auch die Sozialwissenschaft und Soziale Arbeit. Ob sich Armutsbetroffene tatsächlich mit dieser Rolle als Widerständige identifizieren können, lässt sich allerdings nicht herausfinden, solange man vorgefasste Hypothesen aus der Sozialwissenschaft in Form von Fragebögen oder Interviews an sie heranträgt. Hierfür bräuchte es einen konsequent partizipativen Ansatz, bei dem die Beteiligten, nebst anderem, selber bestimmen, über welche Themen sie reden möchten.

Und was ist mit den Reichen?

In nahezu allen Arbeiten über Armut in der Schweiz ist von den Reichen nicht die Rede, und das Nationale Armutsmonitoring macht hier keine Ausnahme. Tatsächlich gibt es mit wenigen Ausnahmen – dazu gehören die Arbeiten des Soziologen Ueli Mäder oder der Wirtschaftswissenschaftlerin Isabel Martínez – keine vertieften Studien über die Reichen in diesem Land, wie sie zu Reichtum gelangt sind und welchen Einfluss sie auf Wirtschaft und Politik ausüben. Entsprechend gibt es kaum Analysen über strukturelle Zusammenhänge zwischen Armut und Reichtum in der Schweiz.

Dass es diese Zusammenhänge gibt, ist hingegen offenkundig. Auf einer Makroebene entzündet sich die Frage, ob Reichtum soziale Ungleichheit begünstigt oder nicht, an der Besteuerung von Vermögen, am geltenden Erbrecht oder der Diskussion über Mindest- sowie Maximallöhne – um nur die offensichtlichsten Beispiele zu nennen. Auf einer Mikroebene lassen sich Zusammenhänge etwa im Bereich der Arbeit herstellen. So lagern Gutverdienende zunehmend bestimmte Jobs aus, um die so gewonnene Zeit in die Vermehrung ihres ökonomischen Kapitals zu investieren – wohingegen die ausgelagerte Arbeit (wie Reinigung oder Care-Arbeit) minderbezahlt sowie sozial unterversichert ist und sich arbeitsrechtlich oft im Graubereich befindet. Tatsächlich lässt sich auch in der Schweiz zunehmend eine soziale Klasse ausmachen, die sich – freilich überspitzt formuliert – ihren Wohlstand auch mithilfe einer «neuen Dienerschaft» erkauft.

Solange Zusammenhänge wie diese unberücksichtigt bleiben, verfestigt sich die irrierte Idee, dass Armut und Reichtum zwei Phänomene sind, die zwar gleichzeitig bestehen, im Grunde aber voneinander unabhängig sind – so, als wären die einen nicht auch deshalb so arm, weil die anderen so reich sind.

■ Armutsquote, berechnet am heutigen Existenzminimum
 ■ Armutsquote, berechnet an einem um 500 CHF erhöhten Existenzminimum

0% 5% 10% 15% 20% 25% 30%

Alleinlebende

13,9%

23,1%

Paare ohne Kind

4,7%

8,6%

Paare mit Kind(ern)

4,4%

11,6%

Einelternerhaushalte

10,6%

24,2%

Total

6,3%

13,6%

Was würde passieren, wenn man das heutige Existenzminimum um monatlich 500 Franken erhöhen würde?

1,6

Millionen Schweizer*innen würden dann als arm gelten – und nicht ‚bloss‘ 700 000 wie derzeit.

Wieso ein Nationales Armutsmonitoring?

Eine im Juni 2020 überwiesene Motion der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerates (WBK-S) beauftragte den Bundesrat, ein regelmässiges Monitoring der Armut in der Schweiz einzurichten. Ziel des vom Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Statistik (FS) und weiteren Fachleuten verfassten Berichts ist es, die Armutsentwicklung empirisch zu erfassen und den Forschungsstand systematisch aufzubereiten, um so Bund, Kantonen und Gemeinden Wissen für die Armutsprävention und -bekämpfung zur Verfügung zu stellen. Im ersten Teil des Berichts (Ende 2025 erschienen) werden die Bereiche Finanzielle Verhältnisse, Erwerbsarbeit und Bildung behandelt; für den zweiten Teil (voraussichtlich 2030) sind die Felder Gesundheit, Wohnen und gesellschaftliche Teilhabe vorgesehen. Das Nationale Monitoring kann kostenlos bestellt werden unter: armutsmonitoring.ch KP

Wenn die Kündigung zur Räumung wird

Zwangsräumungen Verlassen Mieter*innen nach einer Kündigung ihre Wohnung nicht, kann es zu einer Zwangsräumung kommen. Im Extremfall droht die Obdachlosigkeit.

TEXT RAPHAEL STÜDELI

Die Signale aus den urbanen Gebieten der Westschweiz sind besorgniserregend. Seit der Corona-Pandemie wird die Zahl der Zwangsräumungen in der Romandie merklich höher: Das zuständige Amt der Waadt verzeichnete allein für 2024 einen Anstieg der Zwangsvollstreckungen und -räumungen von 12 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Waren es 2020 in der Stadt Lausanne noch 103 Zwangsräumungen, so stieg die Zahl bis 2024 auf 152. Auch kleinere Städte wie Yverdon-les-Bains und Nyon weisen einen Anstieg auf. Und im Kanton Neuenburg stieg die Zahl zwischen 2020 und 2024 von 60 auf 90.

Fabrice Berney, Generalsekretär der Waadtländer Sektion des Mieterinnen- und Mieterverbands ASLOCA (Association des locataires), macht für den Anstieg vor allem die Explosion der Mieten sowie die Inflation verantwortlich. Und dies treffe auch die Mittelschicht, erklärte er im Sommer letzten Jahres gegenüber 24 heures. Demnach sind immer öfter Familien oder Senior*innen ohne Ersparnisse betroffen. Werden Personen beispielsweise unerwartet krank, erleiden einen Unfall oder durchleben eine längere Periode der Arbeitslosigkeit, können sie schnell ihren Mietzins nicht mehr bezahlen. Laut dem Bundesamt für Statistik sind die Mieten in der Schweiz in den letzten 20 Jahren im Schnitt über 30 Prozent angestiegen.

Erschwinglicher Wohnraum ist auch in der Deutschschweiz rar. Die hohen Mieten und steigenden Lebenshaltungskosten

seien hier für viele ebenfalls schlicht und einfach zu kostspielig geworden, sagt Oliver Pfitzenmayer, Stadttammann und Amtsleiter des Betreibungsamts Winterthur-Stadt. Sobald ein Mietverhältnis vonseiten der Vermieter*innen aufgekündigt wird, ist seines Erachtens frühzeitiges Handeln entscheidend. Im Kanton Zürich sind Gemeinde- und Stadttammänner als Gerichtsvollzieher*innen für die Durchführung von Zwangsräumungen verantwortlich.

Schnelles Handeln ist wichtig

Nicht immer ist die Situation für die Betroffenen ausweglos. Beruht die Kündigung beispielsweise auf einer unbezahlten Mietzinssteigerung, kann gegebenenfalls mit dem Sozialamt verhandelt werden. Je nachdem kommt das Sozialamt für die Mehrkosten auf. Bei Bezüger*innen von Ergänzungsleistung (EL) kommt auch eine Übernahme durch die Ausgleichskasse in Frage. Beides ist nicht nur für Betroffene eine schonende Lösung, sondern auch für die Allgemeinheit. In der Regel kommt es den Sozialstaat günstiger, gestiegene Mietkosten zu übernehmen, als nach einer Zwangsräumung für eine Unterbringung aufzukommen. Voraussetzung ist, dass von einer Zwangsräumung bedrohte Menschen sofort handeln und sich bei den entsprechenden Stellen melden.

«Eine Zwangsräumung kündigt sich von langer Hand an, ihr geht ein intensiver Schriftverkehr voraus: Zahlungserinnerungen, dann die Kündigung, schliesslich eine

Gerichtsvorladung», sagt Pfitzenmayer. Kommen bei den Betroffenen allerdings erschwerende Komponenten wie Krisen, psychische Erkrankungen oder eine Sucht hinzu, kann die Aufkündigung des Mietverhältnisses zu einer Überforderung führen. «Ziel des schonenden Zwangsvollzuges ist es, dass nach einer Zwangsräumung niemand in die Obdachlosigkeit gerät. Trotzdem kommt dies leider auch vor. Das ist brutal», sagt Pfitzenmayer.

Wenn das Gericht bereits einen Räumungsbescheid erlassen hat, sind Vermieter*innen oft nicht mehr zum Nachverhandeln bereit. In solchen Fällen kann auch der Mieterinnen- und Mieterverband nur noch bedingt weiterhelfen. «Um eine drohende Zwangsräumung abzuwenden, muss die Gefahr früh erkannt und proaktiv auf Vermieter*innen und Behörden zugegangen werden», so der Mieterinnen- und Mieterverband Deutschschweiz. Bereits nach Ablauf der ersten Mahnung mit einer Zahlungsfrist von mindestens 30 Tagen können Vermieter*innen ausserordentlich kündigen. Wünschenswert wäre aus Sicht des Mieterinnen- und Mieterverbands, dass Betroffene viel früher Beratungsangebote in Anspruch nehmen oder sich an die Sozialbehörden wenden. Denn wenn ein Mietvertrag einmal rechtmässig aufgelöst wurde, seien auch dem Mieterinnen- und Mieterverband die Hände gebunden.

Während eines Vollstreckungsverfahrens gute Lösungen zu finden, ist laut Pfitzenmayer besonders schwierig, da die

**«Dann stand
ich mit
einem Rucksack,
zwei Koffern,
einem Drucker
und einem Auto
ohne Nummer da.
Obdachlos,
auf der Strasse.»**

LILIAN SENN

Zeitspanne zwischen Räumungsentscheid und Räumungstermin kurz ist. Eine durch das Stadttammannamt zu setzende Frist zur Räumung der Wohnräumlichkeiten ist nicht vorgesehen, wird aber zum Teil gesetzt. Dann kann es passieren, dass Mieter*innen aus Überforderung oder Verzweiflung ihre Post nicht mehr aufmachen und wertvolle Tage verstreichen.

Pfitzenmayer beschreibt weitere Faktoren, die es den Betroffenen erschweren, rechtzeitig Hilfe zu suchen: Es gebe Menschen, die dem Staat nicht trauen oder aus anderen Gründen – administrative Überforderung beispielsweise – den Weg zu den Behörden oder Beratungsstellen nicht finden. Und nicht immer, wenn eine Unterkunft gebraucht wird, stehen auch freie Räume zur Verfügung, so Pfitzenmayer.

Hunderte Räumungen jedes Jahr

Wie viele Zwangsräumungen jährlich stattfinden, ist mangels Statistik nicht klar zu beantworten. In Winterthur kommt es pro Jahr im Schnitt zu rund 50 Zwangsräumungen, in der Stadt Bern sind es zwischen 50 und 80. Eine stichprobenartige Abfrage für 2024 ergibt folgendes Bild für weitere Orte: In Biel gab es 44 Zwangsräumungen, in den Goldküsten-Gemeinden Erlenbach, Herrliberg und Meilen gemeinsam im selben Zeitraum hingegen nur deren 4. Spitzenreiter in absoluten Zahlen sind erwartungsgemäss die Grossstädte Zürich und Genf: 2024 gab es in Zürich 161 Zwangsräumungen, in Genf sogar 239.

Erschwert wird der Überblick dadurch, dass in allen Kantonen unterschiedliche Stellen für die Durchführung von Zwangsräumungen verantwortlich sind. Während im Kanton Zürich die Gemeinde- und Stadttammänner zuständig sind, sind es im Kanton Bern die Regierungsstatthalter. Im Kanton Solothurn verantwortet das Oberamt diese Aufgabe, im Kanton Baselstadt die Vollzugsbehörde Zivil- und Verwaltungsrecht und im Kanton Waadt die Friedensrichter (Juges de paix). In manchen ländlicheren Kantonen wie beispielsweise im Kanton Glarus oder im Kanton Graubünden gibt es gar keine Behörde, die Zwangsräumungen durchführt. Auch im Kanton Luzern, wo das Regierungsstatthalteramt abgeschafft wurde, ist diese Aufgabe an die Vermieter*innen ausgelagert. Sie sind hier selbst für etwaige Zwangsräumungen zuständig, für die Durchführung können sie sich an die Polizei wenden.

«Ich suchte
immer das
direkte Gespräch,
aber die
Vermieter
teilten mir mit,
sie liessen sich
nicht hinhalten.»

LILIAN SENN

Was ist eine Zwangsräumung?

Eine Zwangsräumung, im Fachjargon Exmission oder Ausweisung genannt, meint die Räumung einer Wohnung durch richterlichen Beschluss. Bei einem **Verzug von Mietzinszahlungen oder wegen anderweitigen Vertragsbruchs** (z.B. Haltung von Haustieren, Instandhaltungsmängel, Belästigung der Nachbarschaft) kann ein Mietverhältnis **frühzeitig aufgekündigt** werden. Zeigen sich die Mieter*innen nicht kooperativ und bleiben länger als in der Kündigung vermerkt in der Wohnung, kann der*die Vermieter*in **vor Gericht eine Räumung beantragen**. In selteneren Fällen passiert dies auch bei Leerkündigungen oder Kündigungen wegen Eigenbedarfs. Von Zwangsräumungen können **sowohl Wohnimmobilien als auch Gewerberäume** betroffen sein. Während einer Zwangsräumung in jedem Fall eine Kündigung vorausgeht, sind Räumungen von Besetzungen anderen Regeln unterworfen. Diese sind direkt mit dem Strafgesetz gekoppelt; anders als bei Zwangsräumung ist für die Räumung einer **Besetzung** in erster Linie die Polizei verantwortlich. **RAPHAEL STÜDELI**

«Die Polizei würde auch frischgebackene Eltern zwangsräumen»

Lilian Senn, Surprise Stadtführerin in Basel

«2012 kündigte ich meinen Job als Buschauffeurin bei Bern Mobil. Damals war ich Mitte 50. Ich wollte nicht mehr nur schaffen, essen und schlafen. Ich hatte lange Zeit am Existenzminimum gelebt und mit harter Arbeit einen Grossteil meiner Schulden abgebaut, die ich wegen meiner Scheidung hatte. Nun wollte ich etwas Sinnvolleres tun. Mit Armutsbetroffenen arbeiten, etwas Soziales aufbauen. Aber ich hatte das nicht so gut vorbereitet – und in der Schweiz muss man alles gut vorbereiten, sonst kann man die obligatorischen Zahlungen nicht mehr leisten, und dann ist man draussen.



Ich konnte mit den Teilzeitjobs, die ich hatte, meine Fixkosten nicht mehr decken: Krankenkasse, Miete, Steuern, Serafe und Haftpflichtversicherung. 2300 Franken hätte ich monatlich benötigt. Also schrieb ich den Vermietern, dass ich das Geld schon zusammenbekommen würde und investierte das wenige Ersparte, das ich hatte. Aber es reichte nicht. Ich suchte immer das direkte Gespräch, aber die Vermieter teilten mir mit, sie liessen sich nicht hinhalten. Nach der ersten Mahnung kam eine zweite, dann eine dritte, eingeschriebene, und schliesslich die Wohnungskündigung. Immer verbunden mit einer Zahlungsaufforderung. Wenn ich zahlte, dürfte ich bleiben. Zu dem Zeitpunkt hatten sich bereits 25 000 Franken Mietschulden aufgebaut, nach etwa einem Jahr unbezahlter Miete inklusive Mahnungs- und Betreibungskosten. Ich wusste, dass ich das nicht würde zahlen können. Ich hatte zwar immer wieder temporär Arbeit, damit aber habe ich die anderen Rechnungen bezahlt. Auch die Krankenkasse konnte ich irgendwann nicht mehr tragen. Ich geriet in die sogenannte Schuldenspirale. Irgendwann ging es nur noch ums Überleben. Zum Glück hatte ich einen grossen Notvorrat an Lebensmitteln, sodass ich nicht hungern musste.

Ich habe immer wieder Mieterstreckungsgesuche eingereicht. Mehrfach haben sich die Vermieter nicht an die Fristen gehalten und zu früh neue Eingaben bei Gericht gemacht. Dagegen erhob ich Einspruch. So zog sich der Prozess fast ein Jahr lang hin. Schliesslich rief die Polizei an, ich müsse ihnen den Schlüssel abgeben. Wenn ich selbst packen könne, dürfe ich ihn vorbeibringen sobald fertig, ansonsten stünden sie am nächsten Tag bei mir auf der Matte. Dann hätte ich rund fünfzehn Minuten Zeit, um die Wohnung zu verlassen. Das würden sie eher nicht empfehlen. Ich fragte, ob sie das bei allen so machen. Sie antworteten, ihnen sei das egal, sie würden auch Eltern mit frischgeborenen Babys zwangsräumen – für sie sei das nur ein Job. Ich packte selbst. Dann stand ich mit einem Rucksack, zwei Koffern, einem Drucker und einem Auto ohne Nummer da. Obdachlos, auf der Strasse. Ich

hatte alles gekündigt, was Kosten verursachte, nicht einmal eine Haftpflichtversicherung hatte ich noch. Mit dem Auto fuhr ich nach Basel und stellte es bei einer Kollegin ab. Ich war schon einmal obdachlos gewesen, als ich mich 2001 nach zwanzig Jahren Ehe mit zwei erwachsenen Söhnen hatte scheiden lassen und das gemeinsame Haus verlassen musste. Damals kam ich bei verschiedenen Freunden unter, besuchte bei der christlichen Stiftung Schleife in Winterthur die Schule für Versöhnung und Prophetie 2003. Dort hatte ich eine Pastorin kennengelernt. Sie begleitete mich seither. Im Jahr 2013 bot Sie mir nun Unterschlupf – unter der Bedingung, dass ich gemeinsam mit ihr und Gott mein bisheriges Leben reflektierte. Das war harte Arbeit, aber es tat gut. Dort war ich sieben Monate. Dann begann meine Zeit auf der Gasse, als unauffällige Wohnungslose, die mal hier, mal dort unterkam gegen kleine Dienstleistungen im Haushalt.

Heute denke ich, die Vermieter hätten warten können, bis ich wieder eine andere Arbeit gefunden hätte. Sie waren nicht abhängig von meinem Geld. Mit Schulden und Betreibungen findet man keine neue Wohnung. Ich habe versucht, zurück zu Bern Mobil zu gehen, aber sie sagten, wenn ich nur käme, um meine Schulden abzuarbeiten, sei dies das falsche Motiv. Das fand ich eigentlich noch richtig, nicht mehr nur arbeiten zu gehen, um meine Schulden abzubezahlen. Das hatte ich ja lang genug getan.

Man müsste die Vermieter*innen dazu verpflichten, Mieter*innen zum Selbstkostenpreis wohnen zu lassen.

Mir ist erst spät bewusst geworden, dass sich die Obdachlosigkeit wie ein roter Faden durch mein Leben zieht. Meine Mutter und mein Vater kamen aus reichem Hause und wurden – beide unmündig und unverheiratet, sie schwanger – auf die Strasse gestellt. Nach der Geburt liessen sie mich im Spital, als Übungsbaby für werdende Mütter. Mein Vater nahm sich kurze Zeit später das Leben. Meine Mutter, zu der ich später zurückgeschickt wurde, entpuppte sich als böse, gewalttätige Frau. Ich war also von Anfang an obdachlos: geistig, physisch und emotional. Ich habe keinen Schutz erfahren und keine Geborgenheit erlebt. Ich habe nie gelernt, wie man Beziehungen zu anderen Menschen aufbaut. Ich bin auch nie so richtig sesshaft geworden. Und ich vermute, ich bin nicht die Einzige, bei der das so ist.

Erst mit meinem jetzigen Mann Heiko ist das anders. Er hat ebenfalls Obdachlosigkeit erfahren. Es war schwer, sich nach den Jahren auf der Strasse zu öffnen, einander zu vertrauen, sich gegenseitig auszuhalten. Heute leben wir in einer gemeinsamen Wohnung. Und wir kommen beide gern nach Hause. Mit ihm fühle ich mich daheim.»

Aufgezeichnet von **SARA WINTER SAYILIR**

«Es ist nicht so, dass man das absichtlich macht»

Sandra Brühlmann, bis Ende 2025 Surprise Stadtführerin in Zürich

«Ich bin 2013 zwangsgeräumt worden. Kurz davor hatte mir die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) eine Beiständin zugewiesen. Ich war gesundheitlich stark angeschlagen, hatte eine durch Medikamentenabhängigkeit ausgelöste Psychose.

Die Beiständin sagte als Erstes, jetzt räumen wir mal die Wohnung auf. Ich hatte überhaupt nicht kommen sehen, dass ich die Wohnung verlieren würde und dachte,

es ging einfach ums Aufräumen, damit es mir nachher besser gehen würde. Und ich hatte mich darauf gefreut. Es hiess, das Aufräumen würde drei Tage dauern. Währenddessen wurde ich in einem Hotel einquartiert. Ich war damals auch Alkoholikerin. Man sagte mir, ich dürfe da aber nicht mit einer Flasche reinlaufen. Das tat ich auch nicht. Aber ich schwankte halt, als ich am ersten Abend ins Hotel zurückkam. Am nächsten Morgen haben sie mich deswegen rausgeworfen. Ich wollte dann

erst mal in meine Wohnung zurück, aber da war Personal in Schutzanzügen, ich durfte nicht hinein.

Die Räumung dauerte eine ganze Woche statt nur drei Tage. Ich bin erst mal auf der Strasse gelandet. Nach ein paar Tagen ging ich zurück zum Haus, ich konnte hinein und legte mich für die Nacht im Keller auf einen alten Liegestuhl, konnte aber nicht schlafen.

Am nächsten Morgen hörte ich, dass es oben immer wieder klingelte, und ging rauf. Meine Beiständin und jemand von der Verwaltung standen vor der Tür und erklärten mir, ich müsse nun die Wohnung kündigen. Die Miete war eigentlich immer noch bezahlt, ich hatte einen Dauerauftrag. Sie liessen nicht locker, ich musste die Kündigung auf dem Balkon draussen gleich unterschreiben. Mir ging es sehr schlecht, ich war damals nur noch Haut und Knochen, ich sass da und nickte immer wieder ein. Ich fragte, ob ich mich nochmals hinlegen könne. Sie sagten ja, bis am Mittag könne ich noch auf dem Balkon liegen, das habe ich auch gemacht. Danach ging ich freiwillig.

Sie räumten die Wohnung aus und warfen fast alle meine Sachen weg, Gegenstände, die mir am Herzen lagen. Briefe und Kindervideos, VHS-Kassetten von früher. Ich fühlte mich so ohnmächtig. Die Wohnung wurde mir zwangsgekündigt und zwangsgeräumt, weil sie vermüllt und verwahrlost war. Ich hatte lange niemandem davon

erzählt. Auch weil es dabei um jemanden ging, der vier Jahre lang bei mir wohnte und eine Zerstörungswut hatte. Man muss sagen, ich war verliebt in diesen Typen. Ich habe es nicht geschafft, etwas dagegen zu unternehmen. Wenn er unter Drogen stand, zerriss er alles, Kleider und anderes. Er verwüstete die ganze Wohnung, vermüllte und zerstörte die Einrichtung, beschädigte das Lavabo. Während seiner Ausbrüche schloss ich mich jeweils in meinem Schlafzimmer ein. Als er einmal weg war, wurde ich von einem anderen Mann in meiner Wohnung vergewaltigt, er bedrohte mich mit dem Messer. Danach habe ich selber das Sofa aufgeschlitzt, aus einer Wut, Trauer, Ohnmacht heraus, weil er es da getan hatte. Am Ende wusste ich gar nicht mehr, wo ich überhaupt hätte anfangen können, die Dinge wieder herzurichten.

Es ist nicht so, dass man das absichtlich macht: in einen Zustand zu geraten, in dem man die eigene Wohnung verwahrlosen lässt. Es bedeutet, dass man ein Problem hat. Dass man Hilfe braucht. Aber was in diesem Moment mit mir als Mensch los war, das war nie Thema.

Danach war ich etwa ein Dreivierteljahr auf der Strasse, bis ich in einem Obdachlosenheim untergekommen bin. Mir fehlen Erinnerungen an die Tage, nachdem ich die Wohnung verlassen musste. Ich war wie im Schock, verstand überhaupt nicht, was geschehen war und konnte auch nicht für wahr halten, dass einem in der Schweiz so etwas passieren konnte. Ich hatte so sehr daran geglaubt, dass es mit dieser Beiständin nun bergaufgehen würde. Nach der Zwangsräumung hatte ich keine Hoffnung mehr. Ich traute mich in der Obdachlosigkeit nicht einmal, meine Beiständin um Hilfe zu bitten. Sie hatte mir nie welche angeboten, also dachte ich irgendwann, dass das wohl auch nicht ihre Aufgabe sei.

Lange habe ich die Schuld für alles nur bei mir gesucht, und natürlich habe ich selber auch viel dazu beigetragen. Aber als mir viel später gesagt wurde, dass auch etwas im Sozialsystem wohl nicht richtig gelaufen sei, zeigte mir das im Nachhinein, dass die Schuld nicht nur bei mir allein lag. Das gab mir auch ein Gefühl der Erleichterung. Aber gleichzeitig löste es Wut und Unverständnis darüber aus, dass man so etwas einfach geschehen lässt.»

Aufgezeichnet von **DIANA FREI**



«Sie warfen

fast alle

meine Sachen

weg,

Gegenstände.

die mir

am Herzen

lagen.»

SANDRA BRÜHLMANN



Schutzlos ausgeliefert

Obdachlosigkeit Erst die Finanzkrise, dann vermehrte Polizeikontrollen und jetzt Donald Trump: in den USA verschlimmert sich die Situationen der Obdachlosen mit jedem Tag.

TEXT **JAN TÖLVA** ILLUSTRATIONEN **FABIAN MEISTER**

«Wir wissen alle, dass unsere Tage gezählt sind, seit Trump im Amt ist und unser Land immer weiter in Richtung Faschismus abgleitet», sagt Amber Whitson. Mit «wir» meint sie all jene, die wie sie in den USA auf der Strasse leben. Rund 770 000 Menschen sind das. Knapp 40 000 davon leben wie Whitson in der Bay Area, dem Ballungsraum in Nordkalifornien, der sich von San Francisco über Oakland bis hinunter nach San José erstreckt und der als «Mekka» der Tech-Industrie gilt.

Whitson selbst ist seit fast dreissig Jahren wohnungslos. Zwar hat sie zwischendurch auch mal kurz in verschiedenen Häusern gewohnt, doch das war nie von langer Dauer. Heute lebt sie in einem Campingbus auf den Strassen von Berkeley. Sie weiss also nur zu genau, wovon sie spricht, und sie hat den – wie man es nennen könnte – sozialen Klimawandel der letzten Jahre hautnah miterlebt. «Die ersten Jahre über war der Zusammenhalt auf der Strasse noch sehr gut», schreibt sie dem Hamburger Strassenmagazin *Hinz&Kunzt* per Mail. «Und auch die Polizei begegnete uns mit deutlich mehr Respekt.»

Der grosse Umbruch kam rund um die globale Finanzkrise 2008. Damals verloren Hunderttausende ihr Zuhause und landeten auf der Strasse, weil sie nach dem Platzen der Immobilienblase ihre Hypotheken nicht mehr bezahlen konnten und die Banken, die ihnen die überbeuerten Hypotheken überhaupt erst verkauft hatten, sie aus ihren Häusern warfen. Gleichzeitig begann die Polizei immer gewaltvoller gegen Wohnungslose vorzugehen. Räumungen wurden häufiger und auch brutaler – nicht selten wurden Rauchgranaten und Gummigeschosse eingesetzt.

«In den letzten zwei Jahren hat sich die Lage noch einmal deutlich zugespitzt», sagt Bradley Penner von *Street Spirit*, dem Strassenmagazin von Berkeley und Oakland im Grossraum San Francisco. Die Ursache dafür liege in einer Entscheidung des Supreme Court, des Obersten Gerichtshofs der USA, so Penner. Dieser hatte im Juni 2024 entschieden, dass Gemeinden den Wohnungslosen vor der Räumung durch die Polizei keine adäquate Unterkunft mehr anbieten müssen. Das sei eine «grausame und ungewöhnliche Strafe und somit verfassungswidrig», hatte zuvor das für die Staaten westlich der Rocky Mountains zuständige Bundesbezirksgericht entschieden.

Doch damit ist es nun vorbei. Der amerikanische Präsident Donald Trump hatte während seiner ersten Amtszeit gleich drei neue Verfassungsrichter*innen ernannt – mehr als jeder andere Präsident in einer einzigen Amtszeit seit Herbert Hoover vor fast 100 Jahren – und konnte so für eine stabile rechte Mehrheit in der Kammer sorgen. Seither läuft die politische Uhr in den USA rückwärts. Das verfassungsmässige Recht auf Abtreibung wurde genauso ausgesetzt wie die Affirmative Action – die Regelung erleichterte Angehörigen einer ethnischen Minderheit den Zugang zum Studium.

Viele Expert*innen sehen die Neubesetzung des Supreme Court als den grössten Erfolg Trumps während seiner ersten Amtszeit. Tatsächlich hatte er damals kaum eines seiner zentralen Wahlversprechen halten können. In seiner zweiten Amtszeit wirkt er dagegen bislang deutlich besser vorbereitet. Zwar stagniert das Wirtschaftswachstum, während die Preise steigen und seine

Beliebtheitswerte sinken. Doch bei der Zerschlagung des Sozialstaats und der Umverteilung von Wohlstand von unten nach oben ist seine Regierung inzwischen durchaus erfolgreich.

Das gilt auch und insbesondere für die Politik gegenüber Wohnungslosen. Bereits während des Wahlkampfs hatte Trump angekündigt, «alle Mittel, Hebel und Befugnisse einzusetzen, um die Obdachlosen von unseren Strassen zu holen». Damit meinte er nicht, dass man ihnen nun besser helfen sollte. Sein Kampf richtet sich mitnichten gegen Obdachlosigkeit, sondern vielmehr gegen die Obdachlosen selbst, denen er im gleichen Atemzug vorwarf, die Städte in «unhygienische Alpträume» zu verwandeln. In der Hauptstadt Washington setzte er 2025 sogar die Nationalgarde ein, um Wohnungslose von den Strassen zu vertreiben.

Wer wissen möchte, wie Trump und seine Regierung sich eine Lösung des Problems vorstellen, braucht lediglich einen Blick auf Salt Lake City im Bundesstaat Utah zu werfen. Dort, am Stadtrand nahe dem Flughafen, soll eine neue Einrichtung für Wohnungslose entstehen, zu der eine von der New York Times interviewte Wohnungslose sagte: «Ganz ehrlich, das erinnert mich an ein Konzentrationslager.»

Der Komplex soll Platz für 1300 Menschen bieten. Jeweils 400 Betten sind dabei für Menschen mit psychischen Erkrankungen und für solche auf Drogenentzug vorgesehen. Man wolle damit «eine Alternative zu Gefängnissen» bieten, wie Randy Shumway sagt, der Vorsitzende der amtlichen Obdachlosenhilfe des Bundesstaats. «Doch in Wahrheit ist es ein Gefängnis: Ohne Erlaubnis dürfen die Insassen den Plänen zufolge den Wohnkomplex nicht verlassen.»

Das Vorhaben steht symbolisch für die Abkehr von «Housing First» und die Wiederhinwendung zu «Treatment First». Vereinfacht gesagt will Housing First den Menschen zuerst ein Dach über dem Kopf verschaffen und sich dann um alles Weitere kümmern, wie zum Beispiel Schulden oder Sucht. Treatment First hingegen macht

Abstinenz und psychische Gesundheit überhaupt erst zur Voraussetzung für jede weitere Hilfe. Housing First gilt weithin als erfolgreich – dagegen verkennt der Treatment-First-Ansatz, dass Menschen nicht einfach so drogen- oder alkoholabhängig werden, sondern dass Suchterkrankungen häufig soziale Ursachen haben, die sich nicht einfach durch individuelle Therapien beheben lassen. Erst recht nicht durch Zwang.

In «JAMA Psychiatry», einer Fachzeitschrift der American Medical Association, erschien 2024 eine Studie, der zufolge 44 Prozent der Obdachlosen an einer Suchterkrankung leiden. An psychischen Erkrankungen, inklusive Suchterkrankungen, leiden 67 Prozent. Sie sind also nicht die Ausnahme, sondern der Normalfall. Dass dem so ist, liegt nicht zuletzt an einem völlig unzureichenden Gesundheitssystem. Kein anderes Land der Welt gibt pro Kopf mehr Geld für die Gesundheit aus. Gleichzeitig haben 8,2 Prozent der Menschen in den USA keine Krankenversicherung, das sind insgesamt 27 Millionen. In Deutschland sind es weniger als 0,5 Prozent.

Die Situation lässt sich auch daran ablesen, dass man in den Drogerien Sets kaufen kann, um sich selbst Löcher in den Zähnen zu verschliessen. Und wer keine verschreibungspflichtigen Schmerzmittel bekommt, greift nicht selten zu illegalisierten Opioiden wie Heroin oder Fentanyl. Die Folge: Jedes Jahr sterben in den USA mehr als 100 000 Menschen an einer Überdosis.

«Es gibt in den USA eine Kultur der Angst rund um Wohnungslosigkeit», sagt Bradley Penner. «Die meisten Menschen hier leben von der Hand in den Mund.» Tatsächlich können für rund die Hälfte der Amerikaner*innen bereits ein oder zwei Monate ohne Einkommen den Verlust der Wohnung bedeuten. Einen effektiven Schutz von Mieterinnen und Mietern gibt es nicht.

«Das ist es, wovor die Menschen Angst haben», so Penner. Das Schicksal der Wohnungslosen würde ihnen vor Augen führen, was auch ihnen sehr leicht passieren könnte. «Dabei macht es keinen grossen Unterschied, ob sie liberal oder konservativ eingestellt sind», gibt Penner.





zu bedenken. «Die meisten Menschen wollen am liebsten gar nicht mit Wohnungslosen und Wohnungslosigkeit konfrontiert werden.»

Schlimm an der ganzen Situation sei auch, so Penner weiter, dass es überhaupt keine Wohnungslosigkeit geben müsste. Tatsächlich stehen über zehn Prozent der Wohnungen in den USA leer. Insgesamt sind das mehr als fünfzehn Millionen oder anders gesagt: knapp zwanzig Wohnungen pro wohnungslose Person. Auch in der Bay Area gibt es mehr Leerstand als Wohnungslose. «Das Problem ist also nicht die mangelnde Verfügbarkeit. Das Problem ist die Verteilung», so Penner. Wohnungen stehen leer, weil diejenigen, die sie bräuchten, sie sich nicht leisten können. «Vermögensungleichheit ist wie eine Krankheit für unsere Gesellschaft», sagt die Wohnungslose Amber Whitson. Dennoch hält sich hartnäckig die Vorstellung, man könne sich aus eigener Kraft aus Wohnungslosigkeit und Armut herausarbeiten. Die Schuld wird einseitig den Betroffenen zugeschoben, während sich der Rest der Gesellschaft die Hände in Unschuld wäscht. Ohne dieses gemeinschaftliche Wegschauen, ohne die kollektive Verweigerung jeglicher Empathie könnten menschenfeindliche Ideen wie der Einsatz des Militärs in Washington oder die geplanten Internierungslager in Utah niemals Wirklichkeit werden.

«Es ist entscheidend, dass Menschen mit aktueller oder ehemaliger Obdachlosigkeit in alle Programme und Massnahmen zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit einbezogen werden», fordert auch Whitson. «Wer nie auf der Strasse gelebt hat, kann nicht wirklich verstehen, wie das ist. Jeder Versuch einer Lösung sollte auf den Erfahrungen derer basieren, die es selbst erlebt haben.»

Mit freundlicher Genehmigung von
HINZ&KUNZT, HAMBURG/INSP.NGO

Der Wert des Ungehorsams

Kunst Das Migros Museum für Gegenwartskunst zeigt mit dem «Disobedience Archive» Filme, die die Regeln der Welt und des Erzählens neu erfinden.

TEXT **DIANA FREI**

Die schiere Menge überfordert. Die schiere Menge ist aber auch der Kern der Sache: Fünfzig Videos sind hier zu sehen, und es ist genau die Vielfalt der Blicke, die diese Ausstellung ausmachen. Sie versteht die Welt als Geflecht aus unterschiedlichern-Perspektiven und Interpretationen von Geschichte und Gegenwart.

Das «Disobedience Archive» hat 2005 der italienische Kurator Marco Scotini initiiert, es ist ein sich stetig wandelndes Videoarchiv von Werken, die politisches Handeln und Kunst zusammendenken. Es umfasst zurzeit über hundert Dokumentar- und Kunstfilme. Sie zeigen unterschiedlichste Formen des Widerstands, des sozialen Kampfes oder der kollektiven Selbstorganisation in verschiedensten Kontexten, Zeiten und Teilen der Welt.

Fünfzig der Filme sind nun in Zürich zu sehen, eingeteilt in fünf Kapitel: «Archives in Revolt» (Archive in Aufruhr), «Insurgent Communities» (Aufständische Gemeinschaften), «Diaspora Activism» (Diaspora-Aktivismus), «Radical Ecologies» (Radikale Ökologien) und «Gender Disobedience» (Gender-Ungehorsam).

Sie alle stellen die Frage, wie man sich positioniert in der Welt, und suchen nach Ansätzen, mit ihren Herausforderungen umzugehen. Dafür entwickeln sie je eigene Bildsprachen und Erzählformen oder legen den Fokus auf ganz spezifische Motive. Wie etwa auf das Fehlen von Bildern und das Verschwinden im existenziellen Sinn. Mit seinem Kurzfilm «Wanted (Al-Hareb)» thematisiert Ali Essafi Leerstellen in der Geschichte des marokkanischen Kinos: Was fehlt, sind Bilder der politischen Unterdrückung in den 1970er-Jahren, der so-

genannt «bleiern Jahre» in Marokko. Gleichzeitig erzählt der Film vom Regisseur selber, der sich in jungen Jahren quasi in nichts aufgelöst hat und sich unter falscher Identität, einsam und ohne Geld den Weg durch die Strassen seiner Heimatstadt sucht.

Die Filme des Archivs haben keinen journalistischen Blick, geben keine Einordnungen vor. Da sehen wir auch wacklige Bilder im Schein einer Taschenlampe, den Blick auf den Boden eines Weges, wir hören den Kies unter den Füßen, knappe Gespräche. Später in einem Zeltlager lacht ein Junge in die Kamera und ruft: «We are fighters!» – «Wir sind Kämpfer!» Ein anderer macht Liegestützen, junge Menschen tanzen um eine alte Frau im Rollstuhl herum. Der Film «Notes on Displacements» dokumentiert eine Fluchtroute. Der Künstler Khaled Jarrar schloss sich einer palästinensischen Familie an, als sich diese auf den Weg nach Deutschland machte.

Summen und erinnern

Das Kapitel «Diaspora Activism» versammelt Geschichten der Flucht, von Familien und anderen Gemeinschaften und Widerstandsbewegungen. Hier läuft auch «Requiem (Internationale, Goodbye Malaya)»: Alte Menschen singen die sozialistische Hymne. Versuchen sich an den Text zu erinnern. Summen weiter, als ihnen die Worte ausgehen, und verstummen irgendwann. Die Menschen waren Guerillakämpfer*innen, die 1948 bis 1960 im anticolonialen Krieg gegen die Briten kämpften. Vielleicht sind die Worte des Liedtexts vergessen, aber die Melodie und die Erinnerungen hallen nach.



Der Einblick in verschiedene Formen von Widerstand und kollektiver Selbstorganisation inspiriert vielleicht für die sozialen Kämpfe der Gegenwart und Zukunft.





Einer der Kurzfilme bezieht sich direkt auf einen früheren, ein Remake quasi: «Inventur – Metzstraße 11» heisst das Original des jugoslawischen Regisseurs Želimir Žilnik aus dem Jahr 1975, «Inventory 2021» die Neuauflage der kurdischen Künstlerin Pinar Öğrenci. Metzstrasse, in Deutschland, Treppenhaus, 1975: Die Bewohner*innen des Hauses bleiben am Treppenabsatz kurz stehen und geben, zur Kamera gerichtet, eine Art Kurzresümee ihres Lebens ab: Arbeit, Lohn, Miete, Lebenskosten und Zufriedenheit. Namen der grossen Industriefirmen wie Siemens fallen immer wieder, ansonsten: knappe Antworten, enge Verhältnisse. Es sind türkische und griechische Arbeiter*innen, die hier wohnen; eine deutsche Sekretärin ist auch dabei, die froh ist um die tiefe Miete. Nach ihrem Statement gehen sie weiter die Stufen hinab. Es liegt eine Tragik in der Nüchternheit dieser Bestandesaufnahme, die Lebenssituation ist in eine starre Cad-rage gepackt.

Humus für gemeinsames Handeln

In «Inventory 2021» – gleiches Setting, gleicher Kamerawinkel wie 1975, ein Haus in Chemnitz – geht es dann treppauf. Ein Mann aus Tansania macht in seinem Statement nebenher Werbung für sein Reggae-Festival mitsamt www-Adresse. Die Frau aus Jakarta erzählt von ihrer Stelle als Ladenkoordinatorin im Weltladen. Auch eine Französin ist dabei oder ein Ex-DDRler, der den gesellschaftlichen Zusammenhalt in seiner Kindheit lobt. Die Erzählungen sind jetzt ausführlicher als die von 1975, haben mehr Leben. Ein neues Selbstverständnis der Bewohner*innen schwingt mit. Sie kommen von der Arbeit oder der Schule nach Hause und scheinen also angekommen zu sein.

«Disobedience Archives», Archive des Ungehorsams, heisst diese Ausstellung. Nun ist Ungehorsam nichts, was die funktionierende Welt von uns will. Der Ungehorsam ist ein Gegenkonzept. Eine Haltung, bei der es darum geht, Bestehendes infrage zu stellen. Die Regeln der Welt. Diejenigen, die diese Regeln gemacht haben. Ungehorsam heisst, sich zu fragen: Wer hat die Macht, Regeln aufzustellen?

Im Kapitel «Archives in Revolt» läuft ein Film über die Entstehung von Underground-Kunstbewegungen und vom Bürgerrechtsaktivismus in den italienischen, afroamerikanischen und lateinamerikanischen Gemeinschaften, die sich zu Anfang der 1960er-Jahre in New York City bildeten. In «Before We Love: 12 Gates» sehen wir Strassenzüge und brennende Autos in negativen Schwarz-Weiss-Clips, es sind übereinandergeschichtete Montagen von Archivmaterialien und neuen Aufnahmen: leere Häuser, U-Bahn-Szenen, Demos, Polizeiaufmärsche. Dazu rhythmische Texte, inspiriert vom UMBRA Poets Workshop (1961–63), der als Gegenstimme zum weissen Literatur-Establishment auftrat.

Mit Ungehorsam verbunden sind politische Kämpfe und soziale Bewegungen, und zuweilen auch Utopien und der Aufbau und die Pflege von Gemeinschaften.

So können auch Gemeinschaftsgärten als gesellschaftliche Utopie verstanden werden. «Juliet Kepes Stone and BUG (Boston Urban Gardens)» von 2011 zeichnet die Geschichte der Gärten in einem Quartier im US-amerikanischen Boston nach. Der Film erzählt von der Pflege der Pflanzen, aber auch davon, wie eine Quartierbevölkerung zusammenwächst – und damit Widerstand leistet gegen die Privatisierung von öffentlichem Raum. In der Gegend galt es, den Wohnraum und öffentlichen Verkehr für ärmere, migrantische Bewohner*innen aufrechtzuerhalten. Die ansässige chinesische und puerto-ricanische Bevölkerung wäre für politische Kämpfe allein aufgrund von Sprachbarrieren vielleicht schwer zu mobilisieren gewesen. So wurden die Gärten zum Boden für gemeinsames Handeln. «Das Gärtnern ist nur ein kleiner Teil vom Ganzen», sagt die Initiantin der Gemeinschaftsgärten im Film.

«Disobedience Archive (Canopy for Broken Time)», bis Mo, 25. Mai, Di bis So, 11 bis 18 Uhr, So bis 20 Uhr, Migros Museum für Gegenwartskunst, Limmatstrasse 270, Zürich. Eintritt frei. migrasmuseum.ch



Zweierlei Solidarität

Kino Der Dokumentarfilm «Solidarity» stellt die unbequeme Frage, wo man die Grenzen der eigenen Zugehörigkeit zieht – bei der Familie, der Gemeinschaft oder der Nation? Und ob es so etwas wie globale Solidarität noch gibt.

TEXT **MONIKA BETTSCHEN**

Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine 2022 nahm Polen Hunderttausende ukrainische Geflüchtete auf. Ihnen schlug eine Welle der Solidarität entgegen, viele wollten helfen. Christine Goyer, Repräsentantin des UNHCR in Polen, tauscht sich in David Bernets Dokumentarfilm «Solidarity» vor Ort eingehend mit freiwilligen Helfer*innen aus, denn: «Freiwillige wissen oft nicht, welche Auswirkungen das auf sie haben kann.» Viele wollten Teil einer Bewegung sein und würden oft pausenlos bis zur Erschöpfung arbeiten. Das ist ein Risiko, welches bei der Planung langfristiger Hilfe einkalkuliert werden muss. Es gilt, handlungsfähig zu bleiben, wenn die Euphorie und Energie helfender Privatpersonen sinkt und die Menschen ihre Gästezimmer wieder selber brauchen, krank werden oder die Stimmung gegenüber den Geflüchteten umschlägt.

Migrant*innen aus dem Nahen und Mittleren Osten oder Afrika, die über Belarus nach Polen und damit in die EU zu gelangen versuchen, erleben kaum eine solche Willkommenskultur. Die EU wirft dem belarussischen Machthaber Alexander Lukaschenko vor, Geflüchtete vor allen aus den genannten Regionen absichtlich in Richtung polnische Ostgrenze zu leiten – als Antwort auf die Sanktionen der EU und um Europa zu destabilisieren. Dort werden sie vom Grenzschutz abgewiesen, oftmals in Form gewaltsamer Pushbacks. Am Anfang seiner mehrjährigen Recherchereise begegnet Regisseur Bernet 2021 dort der Menschenrechtsaktivistin Marta Siciarek. Sie trifft sich mit einem

Steinmetz, der Platten für muslimische Gräber zur Verfügung stellt. Es sind Gräber von Menschen, die an der Grenze gestorben sind. Dies sei sein kleiner Beitrag, wenigstens etwas, sagt der Handwerker.

Es ist unangenehm, sich der Frage zu stellen, warum man – nicht nur in Polen – den ukrainischen Geflüchteten offener begegnete als anderen. Es sagt etwas darüber aus, wem wir bereit sind zu helfen. Und wem nicht. Die Schweiz aktivierte für ukrainische Flüchtlinge den Schutzstatus S, was ihnen ein vergleichsweise unbürokratisches Aufnahmeverfahren ermöglichte. Für vorläufig Aufgenommene aus anderen Herkunftsländern bedeutete dies eine Ungleichbehandlung.

Die Welt an einem Verhandlungstisch

Neben der polnischen Grenze besucht Bernet in seinem Film auch den Libanon und das Grenzgebiet zum Gazastreifen und spricht mit Vertreter*innen des UNHCR. An einer Stelle im Film bittet Filippo Grandi, bis 2025 Hochkommissar für Flüchtlinge bei der UNO, die Mitglieder des Europäischen Parlaments angesichts der humanitären Krise entlang der EU-Aussengrenzen um Unterstützung, Solidarität und Einhaltung der Gesetze.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde mit der Gründung der UNO 1945 der Grundstein für einen lange währenden Frieden gelegt. «Eine Weltgemeinschaft, die gerade dabei ist, sich als solche zu erfinden», sagt Bernet im Voiceover, während man



BILDER: INDI FILM (3)

Wie vertraut oder weit weg einem die Menschen in Not sind, entscheidet oft darüber, wem unsere Solidarität gilt.

Schwarzweissaufnahmen vom Gründungstag sieht. Die Vereinten Nationen seien im Geiste einer neuen globalen Solidarität erschaffen worden. «Nie wieder sollten Menschen in Not auf die Gnade oder Wohltätigkeit Einzelner hoffen müssen.» Die kurze Szene auf dem muslimischen Friedhof macht sichtbar, wie sich diese Weltgemeinschaft heute von solchen Grundsätzen entfernt. Die Solidarität zwischen den europäischen Staaten scheint stärker zu sein als die globale. Wird die globale Solidarität auch in Zukunft noch Menschen aller Religionen und Nationalitäten an einem Verhandlungstisch zusammenbringen können?

In Beirut trifft sich Bernet mit dem Moralphilosophen Bashshar Haydar. «Solidarität unterscheidet von Natur aus zwischen den Gruppen, mit denen man sich verbunden fühlt», sagt Haydar, «und das ist das Dilemma: Je schwächer die Verbindung, desto weniger ist man bereit, Opfer zu bringen für Menschen in Not.» Man verteidige die Geschichte, welche man verstehe, wird Haydar an einer anderen Stelle im Zusammenhang mit dem Gazakrieg zitiert. «Welcher Seite also gehört deine Solidarität?», stellt David Bernet als Anschlussfrage in den Raum. Weil gerade dieser Konflikt offenbart, wie parteiisch Solidarität sein kann. Wie blind sie sogar machen kann für Unrecht, wenn es von jener Seite begangen wird, mit der man selbst sympathisiert.

Während der Film beim Benennen von Lösungen wohl bewusst zurückhaltend bleibt, verdeutlicht er umso direkter die dringende Notwendigkeit von international koordinierter Hilfe – von pragmatischer Hilfe, frei von Vorurteilen, dafür gestützt auf die Menschenrechte. «Solidarity» bietet in Zeiten, in denen diese Rechte zunehmend unter Druck geraten, Anlass, die eigene Hilfsbereitschaft (und wem sie gilt) kritisch zu hinterfragen.

«Solidarity», Regie: David Bernet, Dokumentarfilm, D/CH 2025, 92 Min. Läuft ab 19. März im Kino.

Im «Schattenreich»

Buch Isabelle Flükiger erzählt von Sans-Papiers und ihrem prekären Leben in der Illegalität.

«Ich wusste nichts über die illegale Einwanderung», schreibt die Autorin Isabelle Flükiger zu Beginn ihrer Recherche zu Sans-Papiers. Aber bei einem Smalltalk mit einer Freundin horcht sie auf. Denn diese beschäftigt eine sog. «Illegale» als Nanny. Flükiger könne ja einen Roman aus den Erlebnissen dieser Frau machen. Diese Bemerkung wird unvermutet zur Steilvorlage.

Denn die Autorin erkennt die Chance, «einen Faden aus dem Knäuel von Halbwahrheiten und vorgefassten Meinungen zu ziehen», und macht sich auf in dieses «Schattenreich» – in einen fast unsichtbaren Teil der Schweiz. Wie viele Sans-Papiers darin leben und arbeiten, weiss man nicht genau. Schätzungen gehen von 80 000 bis 300 000 aus.

Vier dieser Menschen stellt Flükiger ins Zentrum ihrer literarischen Recherche: Gloria, eine Nanny aus Kamerun, den abgewiesenen Asylbewerber Mohammed, den Handwerker Bedar und den Kleinunternehmer Behrami. Dabei scharf sie alle – nicht nur die Sans-Papiers, sondern auch diejenigen, die von der «illegalen» Arbeit profitieren – um eine fiktive Baustelle, um die komplexe Realität anschaulich beschreiben zu können.

Diese literarische Freiheit erweist sich als Glücksgriff. Denn dadurch werden auch die Bedingungen sichtbar, die diese Schattenwirtschaft erst ermöglichen. Dafür hat die Autorin nicht nur mit den Sans-Papiers gesprochen, sondern auch mit Arbeitgebern, Bau- und Subunternehmern, Kontrolleuren, Verbandsfunktionären. Immer deutlicher wird dabei eine «Fabrik der Gesetze», die Hintertürchen schafft und Kontrollen verunmöglicht.

Den Schaden haben dabei nicht nur die Sans-Papiers, die um ihre Rechte gebracht werden, die ihnen zwar von Gesetzes wegen zustehen, aber die sie aus Angst vor Ausweisung nicht einfordern können. Den Schaden hat auch die Allgemeinheit, weil der AHV und den Steuerämtern durch die Schattenwirtschaft viel Geld entgeht. Streckenweise liest sich diese Recherche wie ein Polit- und Wirtschaftskrimi.

«Eine Erzählung von der dunklen Seite des Glücks» nennt Flükiger ihr Buch. Das Glück ist dabei das, was die meisten von uns für selbstverständlich halten, weil ein Papier, ein gültiger Ausweis, darüber entschieden hat, dass es uns zusteht. Wem dieses Papier fehlt, der trägt zwar zu diesem Glück bei, kann aber selbst nur in wenigen Ausnahmefällen darauf hoffen.

CHRISTOPHER ZIMMER

BILD: ZVG



Isabelle Flükiger: Gloria. Mohammed. Eine Erzählung von der dunklen Seite des Glücks. Rotpunktverlag 2025. CHF 28.90

Aarau

«**Reza Hazare – The Unstitched Corners**», Ausstellung, Sa, 21. März bis So, 19. April, Sa/So, 14 bis 17 Uhr, Vernissage Fr, 20. März, 19 Uhr, Kunstraum Aarau, Ochsengässli 7. kunstraumaarau.com



Reza Hazare (geboren 1987 in Zahedan, Iran) ist ein afghanisch-schweizerischer Künstler, dessen Arbeiten sich mit Identität, Entwurzelung und den psychischen Folgen des Exils befassen. Als Kind afghanischer Geflüchteter im Iran aufgewachsen, prägt ihn die Erfahrung des Dazwischenseins – zwischen Ländern, Kulturen und Zugehörigkeiten. In seinen Werken verarbeitet er Themen wie Migration, kulturelle Verluste und posttraumatische Erfahrungen: Fragmentierte Figuren sind zu sehen, emotionale Bildräume. In seinem Projekt «Anesthesia» verhandelte er Identitätsverluste und emotionale Taubheit bei Geflüchteten. Mit «The Unstitched Corners» bezieht sich Harare nun auf afghanische Frauen und ihre Praxis, Schmerz in Stoff einzuschreiben. Durch Stickerei, Gesang und mündliche Klage verwandeln sie schmerzhaft Erfahrungen in Akte des Erinnerns und des Widerstands und tragen so ihre Geschichten weiter. **DIF**

Zürich/Bern

«**Bis zum Ende des Regens**», Theater, Fr, 13. und Sa, 14. März, 20.30 Uhr, So, 15. März, 16 Uhr, Tojo Theater, Neubrückestrasse 8, Bern; Mi, 18. und Do, 19. März, 19.30 Uhr (ab 19 Uhr Suppe und Datteln in der Bar); Sa, 21. März, 17 Uhr, jeweils Publikumsgespräche im Anschluss, sogar theater, Josefstrasse 106, Zürich. tojo.ch, sogar.ch

Donya Speaks widmet sich in ihrem Stück den arabischen Gedichten ihres Onkels Amor Sbika, der in Tunesien lebt. Er tut sich mit seinen Gedichten gedankliche Freiräume auf, kann aber wegen einer Muskelkrankheit kaum mehr gehen. Und so schlägt die Nichte auf der Schweizer Bühne den Bogen von körperlicher Beweglichkeit zur Bewegungsfreiheit im sozialpolitischen Kontext. Vier Performer*innen sind in Aufbruchsstimmung und kommen so doch nie

vom Fleck. Sie stehen im Regen, kämpfen gegen Widerstände, wagen Sprünge über Grenzen hinweg und spielen mit dem Reiz des Nichtverstehens. Und mit bern-deutschen und arabischen Klängen: Habibi, Baba und Wallah sind längst Teil der Schweizer Jugend-



sprache. Und eigentlich, findet die Berner Performerin Donya Speaks, sind Berndeutsch und Arabisch gar nicht so weit voneinander entfernt. Wie das gemeint ist, erfahren die Zuschauer*innen im Stück. **DIF**

Bern

«**Invalid**», Theater, Do, 19. März, Fr, 20. März, 20 Uhr, Sa, 21. März, jeweils 20 Uhr, Schlachthaus Theater Bern, Rathausgasse 20/22. schlachthaus.ch

Wer will schon aus dem System der Fitten und Gesunden rausgeworfen werden? Aufgrund einer chronischen Erkrankung meldete sich die Schauspieler*in dieses Stücks, Karin Maurer, selber mit 24 Jahren bei der IV an. Der Theatertext basiert nun auf persönlichen Erinnerungen, Gesprächen mit IV-Bezüger*innen und Recherchematerial zur Schweizer Invalidenversicherung. Auf der Bühne besucht Maurer Selbsthilfegruppen in verrauchten Hinterzimmern und versucht sich als Musicalheldin, um ihre verlorene Jugend aufzuholen –



alles in so poetischen wie trashigen Settings und mit elektronischen Klängen von Musikerin Luz González. Mit dabei ist auch ein Dummy, der einmal als Mitspieler, ein andermal als medizinisches Anschauungsmaterial fungiert. Und die Rettung scheint nah: Die IV kommt mit wallendem Haar angaloppiert. Ob sie als grosse Erlöserin taugt, wird sich zeigen. **DIF**

Zürich

«**After The Algorithm**», Wissenschaftsfestival, Fr, 20. bis So, 29. März, Ausstellung (gratis), Kulturhaus Helferei, Kirchgasse 13; Veranstaltungen, Zentrum Karl der Grosse, Kirchgasse 14 (Tickets CHF 5 über Website). atafestival.io 25 Arbeiten von Künstler*innen, die oft auch Wissenschaftler*innen sind – dazu Workshops, Podiumsdiskussionen und Virtual-Reality-Formate – verhandeln am Festival «After The Algorithm» die gesellschaftlichen Auswirkungen von KI. Die polnische Künstlerin Martyna Marciniak zeigt mit «Deep Reality Markets» eine Installation, die die Logiken und Absurditäten globaler KI-Konzerne reflektiert. Und Vladan Joler, Künstler und

Professor an der Universität Novi Sad, thematisiert die Machtstrukturen digitaler Systeme. Auch Schweizer Forschungsprojekte sind zu sehen. Etwa «Digital Einstein» von Rafael Wampfler (ETH Zürich), ein dialogfähiger KI-Avatar Albert Einsteins. Oder das Projekt «YuRo» von Yulia Sandamir-



skaya, Professorin an der ZHAW, das aus Robotersystemen besteht, die vom menschlichen Gehirn inspiriert sind. Und Philippe Stoll, Technologie-Experte beim IKRK, führt in «Digital Dilemmas» vor Augen, wie sich digitale Technologien in bewaffneten Konflikten auswirken. **DIF**

Zürich

«**Fremdgehen**», Literaturparcours, Do, 26. März, 19 bis 22 Uhr, Rundgang durch den Kreis 3 und 4, Stationen und weitere Orte und Termine siehe online. fremdgehen-literaturparcours.com

«Fremdgehen» ist ein literarischer Abendspaziergang entlang ausgewählter Geschäfte und Institutionen, wo Autor*innen und Schauspieler*innen Texte vortragen. Eine fröhliche Mischung an Orten, die ein Quartier halt ausmachen und es irgendwie auch zusammenhalten. Alle 20 Minuten wird die Location gewechselt, gemeinsam schlendert man so von Lesung zu Lesung. Vorgelesen wird diesmal sowohl in der Zürcher Kantonalbank wie bei Caritas Secondhand, bei der Optik am Stauffacher und im Alters- und Pflegeheim Schmiedhof. Schauspieler, Sprecher und Autor Wolfram Schneider-Lastin wird in der Zürcher Regionalstelle von Surprise hinter dem Tresen stehen – und nicht Strassenmagazine an die Heftverkäufer*innen herausgeben, sondern ihre Texte vorlesen: eine Auswahl ihrer Surprise-Kolumnen. Es gibt einen kleinen Apéro. Anstelle eines Eintrittspreises gibt es eine Kollekte. Anmeldung für die Lesungen bei Surprise, Kanzleistrasse 107 via diana.frei@surprise.ngo (Platzzahl beschränkt). **DIF**



Randnotizen

Hesch mir e Stutz?

Ich habe eine grosse Liebe für Postkarten. Sie sind klein, 146 mal 105 Millimeter, und tragen doch ganze Welten in sich. Sie sind aus der Zeit gefallen. Und in ihnen liegt diese einfache Geste: Ich denke an dich. Dieser kleine Textkasten, der alles können muss: Wetterbericht, Sehnsucht, Ironie, Trost. Heimweh in drei Zeilen, eine Liebeserklärung, ein Versprechen, ein «Bin gut angekommen», ein literarischer Schnellschuss oder eine Skizze am Rand.

In meinem Badezimmer hingen lange Literatur-Postkarten des Verlags Droschl mit Zitaten wie:

*Lebensgefahr wie Lebensgefährte.
So nebenbei geschieht das Ausserordentliche.
Einen Kuss, bitte.*

Aber ich schweife ab und merke, dass ich ausgerechnet über ein Format, das von Begrenzung lebt, mühelos eine ganze Kolumne füllen könnte. Eigentlich wollte ich etwas anderes teilen: Zwei Postkarten von Leser*innen haben mich erreicht – eine mit wertschätzenden Worten, eine mit geteilten Beobachtungen, auf die ich gerne zurückkomme. Ich danke von Herzen für beides. Also: Zückt weiter den Stift und schreibt mir, was euch bewegt.

So wie Thomas. Er fragte: Wie hilft man richtig? Direkt Geld geben – oder lieber spenden? Und wie verhindert man, dass Helfen kränkt oder bevormundet?

Wir entscheiden grossenteils selbst, wofür wir unser Geld ausgeben – für Ferien, Bücher oder ein gutes Essen. Auffallend nur, dass diese individuelle Freiheit gerade dann häufig hinterfragt wird, wenn es um Menschen in extremer Not geht. Wir schauen ihnen beim Leben auf die Finger. Da steht jemand vor uns und fragt nach Geld. Manchmal so charmant, dass sich eine lüpfige Konversation ergibt. Manchmal aber auch fordernd. Wir wissen nicht, ob diese Person seit Tagen nicht

geschlafen hat, unter Entzug leidet, Schmerzen hat oder schlicht einen Moment braucht, um zu funktionieren. Vielleicht geht es um warmes Essen. Um eine SIM-Karte. Um eine Übernachtung. Vielleicht einfach um einen Moment Stabilität – ein Stück Kontrolle über ein sonst sehr unvorhersehbares Leben.

Das Unbehagen bei den Gefragten kommt oft schnell. Werde ich ausgenutzt? Unterstütze ich die Abhängigkeit? Doch dieses Gefühl sagt häufig mehr über unsere eigenen Ängste aus als über die Person vor uns. Und ja, es kann sein, dass von dem Geld ein Ankerbier gekauft wird. Oder das Nötigste, um Entzugssymptome zu vermeiden. Nüchternheit muss man aushalten können. Konsum ist Fluch und Segen zugleich. Er hilft, Gefühle und Gedanken in Schach zu halten. Natürlich leiden Menschen am Konsum. Doch sie leiden auch unter ihrer Abstinenz.

Für mich liegt der entscheidende Punkt im Loslassen. Helfen sollte möglichst bedingungslos geschehen. Schwingen Erwartungen mit, geht es schnell mal auch um Macht.

Man kann fragen: «Was brauchst du?» Man kann gemeinsam etwas zu Essen holen. Und wenn es Stutz ist, dann ist es Stutz. Entscheidend ist die Haltung dahinter. Geben oder nicht geben, beides darf sein. Augenhöhe entsteht durch Respekt.

Wer an Organisationen spenden möchte, schaue dorthin, wo das eigene Herz sich öffnet. Manchmal genügt schon ein geschobener Kaffee. Der Caffè sospeso stammt aus Neapel: ein Espresso, bezahlt für jemanden, der sich gerade keinen leisten kann. So funktioniert auch «Café Surprise». Manchmal reicht eine Tasse Solidarität. Und vielleicht ist auch das eine Form von Postkarte – eine kleine, zeitversetzte Aufmerksamkeit.



ADRIANA RUŽEK ist Gassenarbeiterin in Basel. Sie schwärmt für das Pantone-Postkartenset – wegen Farbnamen wie Tangerine Tango, Sea Foam, Sailor Blue, Raspberry Radiance. Mikropoesie vom Feinsten.

AB 500.- SIND
SIE DABEI!

Die 25 positiven Firmen

Unsere Vision ist eine solidarische und vielfältige Gesellschaft. Und wir suchen Mitstreiterinnen, um dies gemeinsam zu verwirklichen. Übernehmen Sie als Firma soziale Verantwortung.

Unsere positiven Firmen haben dies bereits getan, indem sie Surprise **mindestens 500 Franken** gespendet haben. Mit diesem Betrag unterstützen Sie Menschen in prekären Lebenssituationen dabei auf ihrem Weg in die Eigenständigkeit.

Die Spielregeln: 25 Firmen oder Institutionen werden in jeder Ausgabe des Surprise Strassenmagazins sowie auf unserer Webseite aufgelistet. Kommt ein neuer Spender hinzu, fällt jenes Unternehmen heraus, das am längsten dabei ist.

- 01 Breite-Apotheke, Basel
- 02 Broki Sidewäg, Bern
- 03 Maya Recordings, Oberstammheim
- 04 AnyWeb AG, Zürich
- 05 Beat Vogel - Fundraising-Datenbanken, Zürich
- 06 Praxis Carry Widmer, Wettingen
- 07 hoopsforu, jewelry
- 08 Zibsec Sicherheitsdienst, Zürich
- 09 Wuillemin Beratung, wuillemin-beratung.ch
- 10 Allrounder-GMVL Tom Koch, Bern
- 11 unterwegs GmbH, Aarau
- 12 Blumen & Kohl GmbH, Zehendermätteli
- 13 Praxis Dietke Becker, Männedorf
- 14 Boner Elektrohaus AG, Basel
- 15 Büro Dudler, Raum- und Verkehrsplanung, Biel
- 16 Infopower GmbH, Zürich
- 17 FF Finanzberatung Flückiger, Baar
- 18 Fäh & Stalder GmbH, Muttenz
- 19 RTB GmbH, nobullshit-websites, rtp.ch
- 20 Deragisch Consulting GmbH
- 21 Kählin Bodenbeläge GmbH
- 22 Napura GmbH, Neuheim
- 23 Barth Real AG, Zürich
- 24 die Mappe GmbH, Agentur in Basel
- 25 ARISVERLAG

Möchten Sie bei den positiven Firmen aufgelistet werden?

Mit einer Spende ab 500 Franken sind Sie dabei.

Spendenkonto:

IBAN CH11 0900 0000 1255 1455 3

Surprise, 4051 Basel

Zahlungszweck: Positive Firma und Ihr gewünschter

Namenseintrag (max. 40 Zeichen inkl. Leerzeichen).

Sie erhalten von uns eine Bestätigung.

Kontakt: Clara Fasse

Team Marketing, Fundraising & Kommunikation

T +41 61 564 90 53 | marketing@surprise.ngo

SURPLUS – DAS NOTWENDIGE EXTRA

Wie wichtig
ist Ihnen Ihre
Unabhängigkeit?

Das Programm

Einige unserer Verkäufer*innen leben fast ausschliesslich vom Heftverkauf und verzichten auf Sozialhilfe. Surprise bestärkt sie in ihrer Unabhängigkeit.

Mit dem Begleitprogramm SurPlus bieten wir ausgewählten Verkäufer*innen zusätzliche Unterstützung. Sie erhalten ein Abonnement für den Nahverkehr, Ferienzuschlag und eine Grundausrüstung an Verkaufskleidung. Zudem können bei finanziellen Notlagen aber auch für Gesundheits- oder Weiterbildungskosten weitere Unterstützungsbeiträge ausgerichtet werden. Die Programmteilnehmer*innen werden von den Sozialarbeiter*innen bei Surprise eng begleitet.

Eine von vielen Geschichten

Lange bemühte sich Haimanot Mesfin um eine feste Arbeitsstelle in der Schweiz, doch mit einem F-Ausweis sind die Chancen klein. Sozialhilfe kam für sie nie in Frage – sie wollte stets selbstständig im Leben auskommen. Aus diesem Grund verkauft Haimanot Mesfin seit über zehn Jahren das Surprise Strassenmagazin am Bahnhof Bern. Dort steht sie bereits früh morgens und verkauft ihre Magazine. Das Begleitprogramm SurPlus unterstützt sie dabei mit einem ÖV-Abo sowie Ferien- und Krankentaggelder. Dank der Begleitung auf dem Berner Surprise-Büro hat sie eine neue Wohnung gefunden. Nach langer Zeit in einer 1-Zimmer-Wohnung haben sie und ihr Sohn nun endlich etwas mehr Platz zu Hause.



Weitere Informationen gibt es unter:
surprise.ngo/surplus

Unterstützen Sie das SurPlus-Programm mit einer nachhaltigen Spende

Derzeit unterstützt Surprise 30 Verkäufer*innen des Strassenmagazins mit dem SurPlus-Programm. Ihre Geschichten stellen wir Ihnen hier abwechselnd vor. Mit einer Spende von 6000 Franken ermöglichen Sie einer Person, ein Jahr lang am SurPlus-Programm teilzunehmen.

Unterstützungsmöglichkeiten:

- 1 Jahr: 6000 Franken
- ½ Jahr: 3000 Franken
- ¼ Jahr: 1500 Franken
- 1 Monat: 500 Franken
- oder mit einem Beitrag Ihrer Wahl.

Spendenkonto:

IBAN CH11 0900 0000 1255 1455 3 | Vermerk: SurPlus

Oder Einzahlungsschein bestellen: T +41 61 564 90 90

info@surprise.ngo | surprise.ngo/spenden

Herzlichen Dank!


**SURPRISE
WIRKT**

Impressum

Herausgeber

Surprise, Münzgasse 16
CH-4051 Basel

Geschäftsstelle Basel

T +41 61 564 90 90
Mo-Fr 9-12 Uhr
info@surprise.ngo,
surprise.ngo

Regionalstelle Zürich

Kanzleistrasse 107, 8004 Zürich
T +41 44 242 72 11

Regionalstelle Bern

Beundenfeldstrasse 57, 3013 Bern
T +41 31 332 53 93
M+41 79 389 78 02

Soziale Stadtrundgänge

Basel: T +41 61 564 90 40
rundgangbs@surprise.ngo
Bern: T +41 31 558 53 91
rundgangbe@surprise.ngo
Zürich: T +41 44 242 72 14
rundgangzh@surprise.ngo

Anzeigenverkauf

Stefan Hostettler, 1to1 Media
T +41 43 321 28 78
M+41 79 797 94 10
anzeigen@surprise.ngo

Redaktion

Verantwortlich für diese Ausgabe:
Klaus Petrus (kp)
Diana Frei (dif), Lea Stuber (lea),
Sara Winter Sayilir (win), Esther
Banz (eb)
T +41 61 564 90 70
redaktion@strassenmagazin.ch
leserbriefe@strassenmagazin.ch

Ständige Mitarbeit

Rosmarie Anzenberger (Korrektorat),
Simon Berginz, Monika Betttschen,
Christina Baeriswyl, Maj Lisa Dörig,
Hanna Fröhlich, Carlo Knöpfel,
Yvonne Kunz, Fatima Moumouni,
Adriana Ružek, Ralf Schlatter,
William Stern, Priska Wenger,
Christopher Zimmer

Mitarbeitende dieser Ausgabe

Dominique Anne Bamert, Maj Lisa
Doerig, Seynab Ali Isse, Fabian
Meister, Jan Tölva, Ralphael Stüdeli

Wiedergabe von Artikeln und
Bildern, auch auszugsweise, nur mit
Genehmigung der Redaktion. Für
unverlangte Zusendungen wird jede
Haftung abgelehnt.

Gestaltung und Bildredaktion

Bodara GmbH,
Büro für Gebrauchsgrafik

Druck

AVD Goldach

Papier

Holmen TRND 2.0,
70 g/m², FSC®, ISO 14001, PEFC,
EU Ecolabel, Reach

Auflage

24720

Abonnemente

CHF 250.-, 25 Ex./Jahr

**Helfen macht Freude,
spenden Sie jetzt.**

IBAN CH11 0900 0000 1255 1455 3

#617: Der lange Weg der Cashew

«Fairer Handel fehlt»

Für mich fehlt der Hinweis, dass es durch die Organisation Gebana möglich ist, Cashews aus fairem Handel zu kaufen. Gebana ist dabei, in Burkina Faso mit der lokalen Bevölkerung eine Fabrik aufzubauen. So soll in Zukunft auch die Verarbeitung nicht mehr in Vietnam, sondern vor Ort getätigt werden können. Die Arbeit und somit die Wertschöpfung bleiben im Land. Die Nüsse kommen dann verarbeitet in die Schweiz.

ANTONIA MARIA FEDERER-AEPLI, St. Gallen

Anm. d. Red.

Da der Hinweis auf Gebana mehrfach überlesen wurde, hier noch einmal der entsprechende Auszug aus dem Text von Klaus Petrus auf S. 19: «Das Schweizer Fairtrade-Unternehmen Gebana betreibt in Burkina Faso, einem Nachbarland von Ghana, eine eigene Cashew-Fabrik mit dem Anspruch, die gesamte Wertschöpfungskette vor Ort zu belassen, also vom Anbau über die Verarbeitung bis zum Vertrieb. Damit soll nicht bloss die lokale Wirtschaft gestärkt, sondern auch der ökologische Fussabdruck verringert werden, indem der Umweg über Asien vermieden wird. Nebst ganzen Cashewkernen für einen Kilopreis von bis zu 46 Franken bietet Gebana hier in der Schweiz auch Cashewsplitter an – für 28 Franken pro Kilo. Für Smith von Agroking gehen Projekte wie Gebana in die richtige Richtung. Doch er zweifelt, ob sie ökonomisch gesehen wegweisend sind. «Wer kann sich schon Cashewkerne zu diesen Preisen leisten?», fragt Smith rhetorisch. Bisher zeige der Trend klar in die andere Richtung.»

#618: Wir alle sind Surprise:

«Lasst sie doch reich sein»

«Gefühl der Ohnmacht»

Zuerst danke für die klaren Fakten in der Anmerkung. Für mich spielen weder marxistische noch kapitalistische Lieder eine Rolle. Vielmehr beschäftigt mich, dass ich selbst trotz meines bescheidenen Lebensstils (ich bin ein 84-jähriger Rentner) dazu beitrage, dass die Schere zwischen Arm und Reich sich immer weiter öffnet. Ja, ich lebe auf Kosten ausgebeuteter Menschen und Völker und ich leide unter dem Gefühl der Ohnmacht angesichts der aktuellen Entwicklung. Kürzlich sah ich zusammen mit etwa 70 Jugendlichen eine Aufführung der Jungen Bühne Heilbronn zum Fortbestand der Menschheit. Die Quintessenz lag im Titel eines kleinen, dünnen Büchleins: «Gier».

ALFRED BRÜGGER, Thun

#616: Wohlfühlthema Migration

«Super»

Super Bericht
über Migration!

CHRISTIANA BAYER, Chur

Ich möchte Surprise abonnieren

Das Abonnement ist für jene Personen gedacht, die **keinen Zugang** zum Heftverkauf auf der Strasse haben. Alle Preise inklusive Versandkosten.

25 Ausgaben zum Preis von CHF 250.- (Europa: CHF 305.-)

Reduziert CHF 175.- (Europa: CHF 213.50)

Gönner*innen-Abo für CHF 320.-

Probe-Abo für CHF 40.- (Europa: CHF 50.-), 4 Ausgaben

Reduziert CHF 28.- (Europa: CHF 35.-)

Halbjahres-Abo CHF 120.-, 12 Ausgaben

Reduziert CHF 84.-

Ⓛ Der reduzierte Tarif gilt für Menschen, die wenig Geld zur Verfügung haben. Es zählt die Selbsteinschätzung.

Bestellen

Email: info@surprise.ngo
Telefon: 061 564 90 90
Post: Surprise, Münzgasse 16,
CH-4051 Basel

Online bestellen

surprise.ngo/strassenmagazin/abo



«Freundschaft ist mir wichtig»

«Ich verkaufe Surprise seit etwa 23 Jahren bei der Sternwarte Urania in Zürich. Diesen Ort habe ich selber ausgewählt. Ich bin gerne frei; hier muss ich niemandem Rechenschaft abgeben, keinem Laden zum Beispiel. Ich habe eine gewisse Treue zu den Orten, weil man dort einzelne Leute kennt.

Zu Surprise kam ich, weil ich Hunger hatte. Das Wort «obdachlos» ist eigentlich verkehrt. Meistens gibt es ein Dach, aber Wände fehlen. Die haben irgendwann auch bei mir gefehlt. Der Beruf hat auch gefehlt. Dann kam das Bedürfnis, den Hunger zu stillen. Ich sah Leute auf der Strasse Surprise verkaufen und dachte: «Das ist niederschwellig, da kann ich fast schon von heute auf morgen Geld verdienen.»

Es hat sich von Anfang an gelohnt, es war ein sozialer Aufstieg. Zudem hat es weniger Stress bedeutet, denn du musst die Nahrung nicht finden, sondern kannst sie kaufen. Die Tagesstruktur hat mir geholfen, auch die Kontakte mit anderen Menschen. Es ist sinnstiftend, wenn du dir überlegst, was gut für die Kundschaft ist – überlegen, wie ich einen Beitrag leisten kann, der ihre Probleme löst, wenn sie schon meine lösen.

Lesen ist etwas sehr Wichtiges. Bücher sind etwas Wichtiges. Ich bin allerdings kein Vielfrass. Ich picke mit der Pinzette einzelne Wörter aus Büchern heraus, setze sie neu zusammen. Ich habe ein Faible für Grammatik. Während meiner Obdachlosigkeit habe ich auch mal Deutschstunden gegeben.

Ich besitze deswegen auch eine kleine Schatztruhe aus Heften mit Wörtern, die ich spannend finde: «mucksmäuschenstill», «fuchsteufelswild» oder «Dreikäsehoch» gefallen mir sehr. Der Klang ist wichtig. Ich habe eine grosse Faszination für Sprache und Bilder, Malerei zum Beispiel. Aber viel mehr bin ich ein Schriftfetischist. Ich habe das Glück, dass von vier Grosseltern und zwei Eltern nur eine Person nicht Lehrer*in ist. Das prägt.

Seit anderthalb Jahren wirke ich bei den sozialen Stadtrundgängen mit. Das ist eine sehr erfüllende Tätigkeit. Das Wohlwollen und Interesse der Leute, die kommen, ist gross. Es ist eine schöne Erfahrung, sehr kreativ. Ich spreche dort unter anderem über psychische Krankheit, weil ich selber sieben Jahre psychisch krank war.

Dazu war ich fünfzehn Jahre obdachlos. Ich hatte es jedoch besser als andere Obdachlose. Einerseits weil ich in der Natur einen Schlafplatz hatte, abseits der Stadt.



FOTO: BODARA

Nicolas Gabriel, 61, verkauft Surprise in der Nähe Sternwarte Urania Zürich. Er hat ein Faible für Grammatik und sammelt Wörter, die ihm gefallen.

Andererseits weil ich über siebzehn Jahre jeden Abend vier Stunden im Pflegeheim, wo meine Mutter wohnt, zu Besuch sein konnte. Meine Mutter war psychisch sehr angeschlagen. Sie ist mittlerweile 89 Jahre alt.

Ich bin Herzenszürcher, meine Mutter ist aus Frankreich, mein Vater war Deutscher. Er war ein sehr strenger Mathelehrer. Ein Verstandesmensch. Meine Mutter ist mehr Herzensmensch. Sie ist eher künstlerisch, Ernährungsberaterin. In der Schweiz lebt nur mein Bruder. Familie ist sehr wichtig für mich.

Ich wünsche mir, meine Freundin bald zu sehen, aber ich sehe sie nur am Samstag. Kennengelernt haben wir uns über meine erste Kolumne fürs Surprise. Sie hatte mir daraufhin eine Mail geschrieben.

Freundschaft ist mir wichtig. Und Treue auch. Ich befolge islamische Regeln: Seit achtzehn Jahren mache ich Ramadan, seit vier Jahren sage ich fünf Gebete am Tag. Das mache ich wegen meinem Freund Habib, er kommt aus Tunesien. Er musste sich unserer Kultur anpassen. Also passe ich mich seiner an. Er macht einen Schritt auf uns zu, ich mache einen auf ihn zu. Das finde ich fair.»

Aufgezeichnet von **HANNA FRÖHLICH**

**Doppelt
zahlen,
einfach
helfen...**



**...oder
eine
kostenlose
Kaffeepause
geniessen.**



Das Café Surprise in deiner Nähe.



DER KULTURPOOL

erreicht 524 530 kulturinteressierte Personen

Die wichtigsten Kulturmagazine der Schweiz bieten im Kulturpool und im Kulturpool plus die Möglichkeit, zu günstigen Konditionen das kulturaffine Publikum gezielt anzusprechen.

www.kulturpool.com

null41
KULTURMAGAZIN

AAKU
Aargauer Kulturmagazin

anzeiger
Kulturmagazin

BKa
Basler Kulturagenda

bref

Edito
Basler Kulturmagazin

COUCOU

filmbulletin

Jazz ENHANCED & DIGITAL CONTENT
lime

KUL

Agenda
La culture romande
sous tous les angles

m schweizer musikzeitung
revue musicale suisse rivista musicale svizzera

PROZ
Kultur im Raum Basel

Saiten

sext smook

SURPRISE

thurgaukultur ↑ **ch**

TRANSHELVETICA
DIE KUNST DES REISENS

ZUGKultur